



Deutsche Umwelthilfe



# Jahresbericht 2007|2008

[www.duh.de](http://www.duh.de)

### Impressum

■ **Herausgeberin:**

Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH)  
Fritz-Reichle-Ring 4  
78315 Radolfzell

E-Mail: [info@duh.de](mailto:info@duh.de), Internet: [www.duh.de](http://www.duh.de)

■ **Autoren:** Maria Elander, Ulrike Fokken, Michael Hadamczik, Simone Naumann,  
Gerd Rosenkranz, Dorothee Saar, Agnes Sauter, Robert Spreter, Albert Wotke

■ **Konzept und Redaktion:** Ulrike Fokken

■ **Design und Layout:** Claudia Kunitzsch

■ **Druck:** Druckerei Zabel, Radolfzell

■ **Bildnachweis:** Titelseite: C. Seidel/Pixelio (o), K. F. Domnik/Pixelio (l), Bildermehr/  
J. Raff (m), Kladu/Pixelio (r); S. 3: A. Busch; S. 4: (v.o.) R. Sandbothe/Pixelio,  
R. Sturm/Pixelio, H. La/Pixelio, Echino/Pixelio, F. Neuschulz, Gemeinde Wachtberg;  
S. 5: (v.o.) J. Lohmann/Pixelio (l), S. Naumann (r), DUH, F. Neuschulz, R. Kirchmann;  
S. 6: F. Lacour/Pixelio; S. 7: E-Werk Alfredstal GbR (l), AOVE Gesellschaft für Regional-  
entwicklung mbH (r); S. 8: K. F. Domnik/Pixelio; S. 9: [axentis.de/Lopata](http://axentis.de/Lopata);  
S. 10: S. B. Kaintoch/Pixelio; S. 11: K. Miche/Pixelio (o.l.), A. Busch (o.r.); S. 12/13:  
eM-punkt; S. 14: DUH; S. 15: B. Kleemann; S. 16: R. Sturm/Pixelio; S. 17: NABU/  
Ludwichowski (o.l.); D. Damschen (o.r.); Kisorsy/DUH (u); S. 20: O. Hahn/[hahnfilm.de](http://hahnfilm.de);  
S. 21: F. Molls/Stiftung Wasserlauf NRW; S. 22: L. Domdey (l), Gemeinde Wachtberg  
(r); S. 23: M. Godau (l), C. Hautumm/Pixelio (r); S. 24: S. Naumann; S. 25: M. Dumat/  
Pixelio; S. 26: DUH (l.o. u.), NDR/M. Krumwiede (r); S. 27: DUH (l); Meikowe (r);  
S. 30: B. Sterzl/Pixelio (o), M. Hauck (u); S. 31: S. Holzmann (o), R. Kaute (u); S. 32:  
A. Busch (o), Kisorsy/DUH; S. 34/35: B. Kleemann, [axentis.de/Lopata](http://axentis.de/Lopata), S. Lang,  
M. Hahn, DUH, privat; S. 40: R. Sturm/Pixelio (l), Kisorsy/DUH (m), S. Holzmann (r),  
E. Rose/Pixelio (u)

■ **Redaktionsschluss:** 01.12.2008

■ **Papier:** gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

---

Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen möchten, freuen wir uns über Spenden auf das  
Konto **210 677 216**, BLZ **692 910 00** bei der Volksbank Konstanz-Radolfzell.



### **Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

als Umwelt- und Naturschützer haben wir in den vergangenen zwei Jahren einen Paradigmenwechsel erlebt. Endlich hat die wissenschaftliche Erkenntnis eines menschenverursachten Klimawandels die Politik erreicht. Der Klimaschutz ist nach den Veröffentlichungen des Weltklimarats IPCC ins Zentrum der nationalen und internationalen Politik gerückt. Und nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an Al Gore und Rajendra Pachauri (IPCC) für ihren Einsatz gegen den Klimawandel kann es sich nun kein ernstzunehmender Mensch mehr erlauben, den Klimaschutz ins Lächerliche zu ziehen. Die politisch Verantwortlichen in vielen Staaten und Organisationen haben denn auch den Ernst der Lage erkannt – sie verhandeln. Für die Weltgemeinschaft ist es daher ein erfreuliches, ja beruhigendes Zeichen, dass der neugewählte US-Präsident Barack Obama noch vor seiner Vereidigung den internationalen Klimaschutz als eine der wichtigsten Herausforderungen seiner Amtszeit benannt hat.

Unsere Erfahrung als Umwelt- und Naturschützer lehrt uns jedoch, dass die politisch Handelnden bei der Gestaltung und der Durchführung von Umwelt- und Naturschutzpolitik nicht allein gelassen werden sollten. Wir arbeiten daher weiter daran, dass der Ausstoß von Kohlendioxid sinkt und bald nur spritsparende Autos auf den Straßen fahren. Dass Deutschland die Energiewende schafft und in Zukunft mehr Strom und Wärme aus effizienten Kraftwerken stammt. Wir streiten weiter für saubere Luft in den Städten, für eine umweltverträgliche Müllentsorgung und ganz besonders für den Schutz der biologischen Vielfalt. Da ein vernünftiger Klimaschutz nicht ohne ein umfangreiches Naturschutzkonzept zu erreichen ist, kämpfen wir weiter für die Bäume in Auwäldern, für die Störche an der Elbe, für die lebendigen Flüsse und die lebendigen Wälder. Wir setzen uns dafür ein, dass Naturschutz und Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe der Politik werden.

Im Namen des Vorstands lade ich Sie herzlich ein, sich ein Bild von der Vielfalt und von den Leistungen der DUH in den vergangenen zwei Jahren zu machen. Und ich freue mich, wenn Sie uns im kommenden Jahr an unseren Zielen und Erfolgen messen.

*Harald Kächele*

Prof. Dr. Harald Kächele,  
Bundesvorsitzender Deutsche Umwelthilfe e.V.



6



12



18



22

## 2 Impressum

## 3 Vorwort

## 4 Inhalt

### Energie und Klimaschutz



## 6 Neue Energien für die Klimawende

Klimaschutz und sichere Energieversorgung ohne Kohlekraftwerke

## 9 „Nur mit ökologischer Modernisierung gibt es einen Weg aus der Krise“

DUH-Bundesgeschäftsführer Rainer Baake im Interview

## 10 Den Atomausstieg umsetzen – Jetzt!

In der Energiewende haben Erneuerbare Energien Vorrang

### Verkehr und Luftreinhaltung

## 12 Feinarbeit für den Klimaschutz

Nur klare Grenzwerte schützen vor Emissionen

## 13 Klimaschutz absurd: Steuerbefreiung für Klimakiller

Die DUH packt das Konjunkturpaket aus

## 15 „Eine Zukunft hat die Autoindustrie nur mit sparsamen Autos“

DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch im Interview

### Naturschutz



## 16 Natur erhalten, Politik gestalten

Der Schutz der biologischen Vielfalt

## 18 Naturschutz ist Klimaschutz

Die Netzwerke Lebendige Flüsse und Lebendige Wälder

**Kommunaler Umweltschutz**

**22 Natur in der Stadt**

Die ökologischen Vorbilder im Land



**Umweltrecht**

**30 Juristischer Beistand für das Umweltgesetzbuch**

Umwelt- und Naturschutzrecht in einem Band



24

**Ökologischer Verbraucherschutz**

**24 Klare Sache Kennzeichnung**

Verbraucher haben Recht auf Energieverbrauchskennzeichnung

**25 Kontrolle wäre besser**

Warum die DUH die Umsetzung der Kennzeichnungspflicht kontrolliert

**Medien und Preise**

**32 Für Mensch und Umwelt**

DUH-Umwelt-Medienpreis, Klimaschutzpreis und das Umweltmagazin zeo<sub>2</sub>



27

**Kreislaufwirtschaft**

**26 Der Müll, der Hafen und die Umweltverschmutzung**

Elektroschrott und Kühlschränke müssen umweltfreundlich entsorgt werden

**28 Mehrweg für den Klimaschutz**

Am besten aus Glas und immer Mehrweg – Getränkeflaschen für das Klima

**34 Das Leitungsteam**

**DUH intern**

**Bilanz**

**36 Finanzierung und Mittelverwendung**

**39 Adressen**



30



32

# Neue Energien für die Klimawende

Klimaschutz und ein sicheres Energieversorgungssystem sind möglich, wenn Regierung und Stromwirtschaft jetzt den Bau von Kohlekraftwerken stoppen wollen. Die DUH zeigt Alternativen



■ Den Klimawandel als Jahrhundert-herausforderung haben die führenden Staatschefs der Welt 2007 erkannt. 2008 sollte deswegen das Jahr werden, in dem die politisch Verantwortlichen in Deutschland, Europa und der Welt aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen ziehen. Bedauerlicherweise ist es dazu nicht gekommen.

Auf das Klimajahr 2007 und mit den wegweisenden Beschlüssen auf dem EU-Gipfel und beim G8-Treffen in Heiligendamm – beide unter deutscher Präsidentschaft – folgte ein Jahr des klimapolitischen Kleinmuts der Bundesregierung. Das „Integrierte Energie und Klimaschutzprogramm“ ist nicht geeignet, die auf internationaler Bühne verkündeten Klimaschutzversprechen der Kanzlerin umzusetzen. Auf der EU-Ebene trat die Bundesregierung mehrfach als Bremser auf und hat damit die klimapolitische Vorreiterrolle Deutschlands demontiert. Mächtige alte Interessen drohen gegen den neuen kategorischen Imperativ des Klimawandels zu obsiegen.

Die DUH hat in den Kern des Konflikts, dem Versuch der Bundesregierung die anachronistisch gewordenen Traditionen in die Zukunft zu retten, eingegriffen und lokal, regional und national mit Aktionen und Konzepten auf die Widersprüche hingewiesen. Deutschland als Kohleland, Deutschland als Land der unbegrenzten Rasei auf den Straßen, Deutschland als Vorreiterland beim globalen Klimaschutz – der Anspruch, dies alles gleichzeitig zu sein, macht das Land nicht nur international unglaubwürdig, er lässt Deutschland auch im globalen Wettbewerb zurückfallen.



Im Zentrum unseres klima- und energiepolitischen Engagements steht neben den Bemühungen für eine „Ökologisierung“ der Automobilindustrie (siehe S. 12) die Auseinandersetzung um ein zukunftsfähiges Energiesystem, den Ausstieg aus der Atomenergie und den Verzicht auf den Bau einer neuen Generation von klimaschädlichen Braun- und Steinkohlekraftwerken. Knapp die Hälfte der nationalen Kohlendioxidbelastung Deutschlands stammt aus der Energiewirtschaft. Wenn in der Stromversorgung die Klimawende nicht gelingt, scheitert sie insgesamt.

### Zukunftsfähige Energieversorgung

Die DUH hat detailliert vorgerechnet, dass das Klimaziel der Bundesregierung, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 bezogen auf 1990 um 40 Prozent zu mindern, verfehlt wird, wenn weitere konventionelle Kohlekraftwerke realisiert werden. Während die zukunftsvergesene Zementierung einer kohlebasiereten Energiewirtschaft von der Bundesregierung gefördert wird, beteiligt sich die DUH auf allen Ebenen am Widerstand gegen neue Kohlekraftwerke.

Als aktives Mitglied der „Klima-Allianz“ treibt die DUH mit mehr als 100 Umweltverbänden, kirchlichen und entwicklungspolitischen Organisatio-

nen die Debatte für eine ökologische Energieversorgung voran. Die DUH unterstützt zudem zahlreiche regionale Initiativen gegen den Neubau von Kohlekraftwerken mit juristischem Rat und Gegenkonzepten für die regionale Energieversorgung. In mehreren Rechtsgutachten hat die DUH Ansatzpunkte zur Verhinderung von Kohlekraftwerken für Kommunen (auf Grundlage des Bauplanungsrechts) und Bundesländer (auf Grundlage des Raumordnungsrechts) aufgezeigt und die Aktiven vor Ort bei zahlreichen Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen unterstützt.

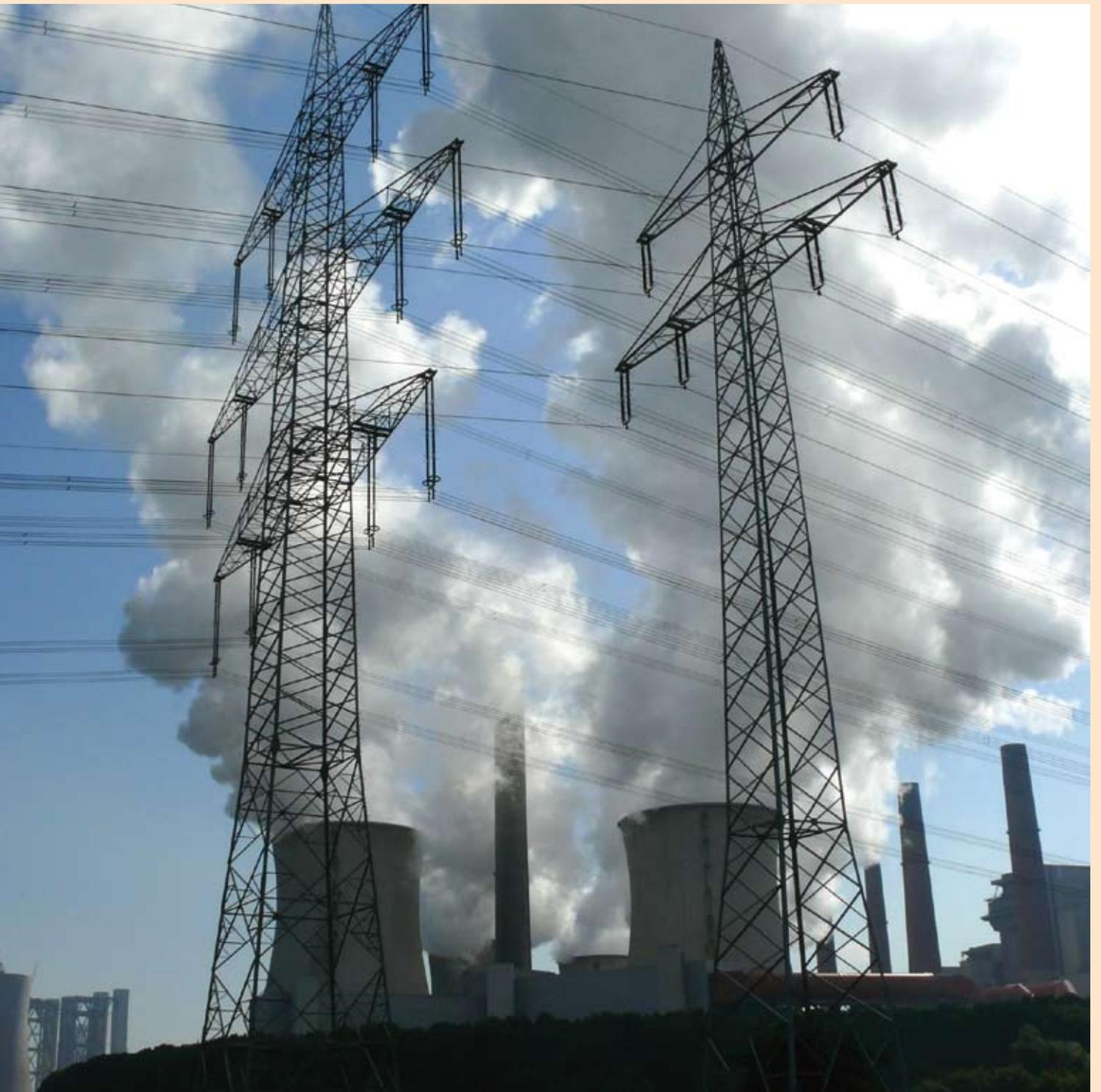
Auch auf Bundesebene hat die DUH Eckpunkte für einen klimaverträglichen Rechtsrahmen für fossile Kraftwerkprojekte vorgeschlagen. Im Februar

2008 stellte die DUH ihr „Neues Recht gegen neue Kohlekraftwerke“ vor, mit dem der heute geltende Rechtsanspruch auf den Neubau konventioneller Kohlekraftwerke aufgehoben werden soll. Im Ergebnis des Konzepts könnten neue fossile Kraftwerke nur noch errichtet werden, wenn sie neben Strom auch Abwärme für Raumheizung oder als Industriewärme liefern (so genannte Kraft-Wärme-Kopplung, KWK) und bestimmte Mindesteffizienzstandards bei der Brennstoffausnutzung einhalten. Gaskraftwerke wären damit genehmigungsfähig, konventionelle Kohlekraftwerke nicht mehr.

Der Bau von Kohlekraftwerken soll nur unter der Bedingung zugelassen werden, wenn das Treibhausgas CO<sub>2</sub> abgeschieden und sicher gelagert wird.

### Das Netzwerk Bioenergie

■ Seit 2006 leitet die DUH das „Netzwerk Bioenergie“, in dem Fachleute aus Unternehmen, Verbänden, Ministerien und Parteien regelmäßig zusammenkommen. Das Netzwerk Bioenergie hat sich als bundesweites Diskussionsforum zur Entwicklung von Konzepten einer auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz ausgerichteten Biomassenutzung etabliert. Im Oktober 2008 hat das Netzwerk unter dem Titel „Biokraftstoffe – Segen oder Fluch?“ einen hochrangig besetzten Kongress veranstaltet, der mit Unterstützung von BP Deutschland und Crop Energies in der Brasilianischen Botschaft in Berlin stattfand.



Die dafür erforderliche Technik muss allerdings erst noch entwickelt und der sichere Einschluss des CO<sub>2</sub> nachgewiesen werden. Die DUH-Vorschläge werden seither in Parlamenten und Parteien breit diskutiert und finden zunehmend Widerhall in Grundsatzpapieren von Parteien und Verbänden.

Die Versuche der Energiewirtschaft, eine Angstdebatte über eine drohende Stromlücke zu entfachen, durchkreuzt die DUH mit überzeugenden Analysen. Die DUH hat aufgezeigt, dass die Diskussion vor allem dem strategischen Kalkül der Energiekonzerne entspringt, ihre Dominanz abzusichern

und mit dem Einsatz neuer Kohlekraftwerke und der Laufzeitverlängerung der abgeschriebenen Atomkraftwerke weiter sehr viel Geld zu Lasten der Allgemeinheit zu verdienen.

## „Nur mit ökologischer Modernisierung gibt es einen Weg aus der Krise“

■ Frage: Die Erneuerbaren Energien boomen, der Atomausstieg steht im Gesetz, im Klimaschutz ist Deutschland weiter als andere Industriestaaten. Warum sind Sie trotzdem nicht zufrieden?

*Rainer Baake: Weil viele Entscheider in Politik und Wirtschaft immer noch glauben, wir könnten die von Kanzlerin Merkel auf internationaler Bühne für 2020 versprochenen Klimaschutzziele mit ein paar Reförmchen erreichen und ansonsten alles beim Alten lassen.*

Was muss denn geschehen?

*Wir müssen zum Beispiel verstehen, dass der Übergang in eine klimafreundliche Elektrizitätswirtschaft mit einem kräftig wachsenden Anteil Erneuerbarer Energien eine Umstellung des gesamten Systems erfordert. Nicht von heute auf morgen, aber wir müssen schleunigst anfangen und nicht ständig die Gefechte von gestern wiederholen. Schwankende Einspeisungen von großen Mengen Windstrom erfordern einen Kraftwerkspark, der darauf flexibel reagieren kann. Mit Atom- und neuen Kohlekraftwerken geht das nicht. Wenn die Politik das nicht versteht, wird die Energiewende vor die Wand gefahren.*

Was ist schlecht an modernen Kohlekraftwerken?



Rainer Baake ist DUH-Bundesgeschäftsführer mit Schwerpunkten Klimaschutz und Energie

*Alles. Sie nutzen den klimaschädlichsten Brennstoff, den wir haben. Und sie sind nicht effizient, weil die meisten von ihnen mit ihrer Abwärme nur die Umgebung aufheizen, statt sie sinnvoll in Form von Raum- oder Prozesswärme für die Industrie zu nutzen. Von zwei Schiffen, die Steinkohle zur Stromerzeugung aus Australien hierher bringen, kommt eines nur, um hinterher die Nord- oder Ostsee aufzuheizen.*

Atomkraft mag ja gefährlich sein, aber immerhin ist sie billig.

*Kostengünstig ist Atomkraft nur für die Betreiber alter, abgeschriebener Anlagen – nicht für ihre Kunden. Es ist bezeichnend, dass*

*RWE neuerdings einen Atomstromtarif anbietet, der mich teurer zu stehen käme als der Lichtblick-Ökostrom, den ich zu Hause habe. Und wer bezahlt die Milliarden-Rechnung für den Atommüll, sollte einer der Betreiber, wie jetzt eine Reihe von Banken, in Konkurs gehen? Wenn wir die Risiken und Subventionen einbeziehen, gibt es nichts Teureres als Atomstrom.*

Was muss geschehen, damit Deutschland seine Rolle als Vorreiter im Klimaschutz international überzeugend spielen kann?

*Die Regierung muss ihre Hausaufgaben machen. Sie darf sich nicht als Klimaschutzweltmeister aufführen und dann in Brüssel gegen einen wirksamen Handel mit CO<sub>2</sub>-Verschmutzungsrechten opponieren. Oder sich schützend vor eine Automobilindustrie stellen, die die Zeichen der Zeit lange nicht erkennen wollte und immer noch nicht will. Klimaschutz kostet Geld, aber zu wenig Klimaschutz wird mindestens zehn Mal so teuer. Statt Strukturkonservierung brauchen wir Erneuerung. Nur mit ökologischer Modernisierung gibt es einen Weg aus der Krise.*

# Den Atomausstieg umsetzen – Jetzt!

Gegen Atomenergie sprechen viele Gründe: Sicherheitsdefizite wie im Atomkraftwerk Brunsbüttel, die ungelöste Endlagerfrage, die Wassereinbrüche in ungesicherten Zwischenlagern. Und Atomkraft und Erneuerbare Energien passen schon gar nicht zusammen



■ Zur Jahrtausendwende haben die Spitzenmanager der Stromwirtschaft die Vereinbarung über den Atomausstieg unterzeichnet und darin versichert, den Vertrag „dauerhaft“ umzusetzen. Nun wollen sie davon nichts mehr wissen und verlangen eine „Neubewertung“.

Die DUH hat die Stromkonzerne beim Wort genommen – und kommt zu einem eindeutigen Ergebnis: Die Katastrophenrisiken, die die Atomenergie schon vor mehr als 30 Jahren zur weltweit umstrittenen Form der Stromerzeugung gemacht haben, sind nicht verschwunden. Katastrophale Unfälle sind jederzeit möglich, wie die Ereignisse im schwedischen Reaktor Forsmark (2006) und den deutschen AKW Brunsbüttel und Krümmel (2007) gezeigt haben. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 bilden auch terroristische Angriffe eine reale Gefahr, auf die es sieben Jahre danach keine überzeugende Antwort gibt. Die Entsorgung der hoch radioaktiven Abfälle ist ebenso ungelöst, wie die Frage des Schutzes gegen den militärischen Missbrauch der zivilen Atomkraft – siehe Nordkorea, siehe Iran.

Auch auf die Herausforderungen des Klimawandels gibt die Atomkraft keine Antworten – weder weltweit noch in Deutschland. Weltweit nicht, da der Beitrag der atomaren Energieerzeugung selbst im Fall eines enormen Ausbaus kaum ins Gewicht fiele. Hierzulande nicht, da Atomkraftwerke für den Dauerbetrieb angelegt sind und daher nicht zu dem geförderten Energieversorgungssystem aus klimaschonender



aber schwankend anfallender Wind- und Sonnenenergie passt. Eine Laufzeitverlängerung der AKW würde zudem die Marktdominanz der Stromkonzerne zementieren und die Ausbaudynamik bei den Erneuerbaren Energien extrem gefährden.

Die DUH schaut den Verharmlosern der Atomenergie auf die Finger. Nach dem beängstigenden Unfall im schwedischen AKW Forsmark, bei dem ein Teil des lebenswichtigen Kühlsystems und der Stromversorgung ausfiel, haben wir eindringlich auf ähnliche Defizite im Notstromsystem des Atomkraftwerks Brunsbüttel hingewiesen. Sie wurden von seinem Betreiber Vattenfall Europa zunächst dementiert und wenig später bestätigt. Auch bei der jahrelangen öffentlichen und juristischen Auseinandersetzung, mit der die DUH die Herausgabe einer „Mängelliste“ zum AKW Brunsbüttel erstritt, erwies sich Vattenfalls taktisches Verhältnis zur Sicherheit. Der Betreiber argumentierte vor Gericht, das Bekanntwerden des wahren Anlagenzustandes führe zu einer Wertminderung des AKW!

Die Vattenfall-Reaktoren Brunsbüttel und Krümmel liegen inzwischen wegen gravierender Sicherheitsmängel seit über einem Jahr still.

Mit der Verbändekampagne „Atomausstieg selber machen“ ([www.atomausstieg-selber-machen.de](http://www.atomausstieg-selber-machen.de)), die von der

DUH initiiert wurde und an der sich fast alle großen Umweltverbände beteiligen, ist der Wechsel des Stromversorgers in Deutschland gesellschaftsfähig geworden. Mittlerweile beziehen mehr als eine Million Haushalte Ökostrom. „Atomausstieg selber machen“ und die DUH empfehlen den Wechsel zu den vier bundesweit täti-

gen konzernunabhängigen Ökostrom-Anbietern LichtBlick, Elektrizitätswerke Schönau (EWS), Naturstrom AG und greenpeace energy.



## Atomkraft? Nicht schoon wieder!

■ Ein Klassiker – neu erfunden: Die lachende Sonne, berühmtestes Symbol der Anti-AKW-Bewegung der 1970er Jahre, ist heute aktueller denn je. Mit dem Slogan „Atomkraft? Nicht schoon wieder!“ versehen, protestiert sie gegen eine Renaissance der Kernenergie.

T-Shirts, Buttons und mehr gibt es unter: [www.duh.de/shirtshop.html](http://www.duh.de/shirtshop.html)



# Feinarbeit für den Klimaschutz

Die Arbeit steckt im Detail: Um umweltfreundlichere Autos und Lkw zu befördern, beschäftigen sich die DUH-Mitarbeiterinnen in der Verkehrsabteilung mit Grenzwerten für Feinstaub und CO<sub>2</sub>-Emissionen, forschen Rußpartikeln in Nanometergröße nach und haben zündende Ideen für natürliche Kältemittel in Klimaanlage





■ Autos, Lastwagen, Transporter, Busse, Motorräder, kurzum der gesamte motorisierte Verkehr auf den Straßen belastet Umwelt und Klima. Über ein Viertel der klimaschädigenden CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland stammt aus dem Verkehrssektor, dessen Abgase zudem gesundheitsschädigend sind. Um den weiteren Anstieg der Emissionen und die damit verbundenen Gefahren für Natur, Mensch und Umwelt zu begrenzen, müssten weniger Autos, sparsamere Autos und vor allem Autos mit klimafreundlicher Technik fahren. Den gesetzlichen Rahmen für umweltfreundlichere Autos kann nur die Bundesregierung schaffen – ob durch ihr Auftreten in Brüssel oder die Gesetzgebung hierzulande. Die Koalition aus Union und SPD verhindert jedoch nicht nur mit der Steuerbefreiung von Neuwagen eine ökologische Verkehrswende. Im Gegenteil: Das Konjunkturpaket fördert den Absatz gerade verbrauchsstarker Autos, die ganz besonders zum Klimawandel beitragen. Die DUH plädiert deswegen weiterhin dafür, dass Dienstwagen mit hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht länger subventioniert werden, dass Deutschland endlich wie alle anderen europäischen Länder ein Tempolimit einführt und dass die Kraftfahrzeugsteuer ab 2009 und nicht erst 2012 nach dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß bemessen wird.

Eine besondere Klimabelastung geht von Pkw- und Lkw-Klimaanlagen aus, sowohl im Betrieb durch den Spritver-

brauch, als auch durch die Klimaschädlichkeit des verwendeten Kältemittels. Für besondere Aufregung in der Chemie- und Autoindustrie sorgte ein Versuch der DUH mit dem chemischen Kältemittel 1234yf. Die Chemikalie sollte – geht es nach der Industrie – ab 2011 das jetzt verwendete Kältemittel in Autoklimaanlagen ersetzen. Die zur Zeit noch eingesetzte Chemikalie R 134a ist dann EU-weit für neue Fahrzeugtypen verboten, da ihr Treibhauspotential 1.300-mal größer ist als CO<sub>2</sub>. Versuche der DUH haben jedoch gezeigt, dass die Chemikalie 1234yf schnell entzündbar ist und im Falle eines Brandes in Verbindung mit Wasser die hochgiftige Flußsäure entsteht.

Zur Veröffentlichung des Films mit dem Versuchsablauf teilten die deutschen Autokonzerne über den Branchenverband VDA mit, dass 1234yf „keine Option“ mehr sei. Und noch einen schönen Erfolg konnte die DUH verzeichnen: Als erster Autokonzern weltweit verpflichtete sich Toyota, auf das giftige Kältemittel verzichten zu wollen.

Die DUH fordert seit Jahren auch von der deutschen Autoindustrie, dass sie CO<sub>2</sub> als Kältemittel in Klimaanlagen einsetzt. Denn das seit Jahrzehnten erprobte und weltweit günstig verfügbare Kältemittel CO<sub>2</sub> ist die einzige klimafreundliche Alternative zu allen chemi-

## Klimaschutz absurd: Steuerbefreiung für Klimakiller

■ Sand ins Getriebe des hektisch geschnürten Konjunkturpakets hat die DUH im November 2008 gestreut. Nachdem DUH-Geschäftsführer Jürgen Resch den Bundestagsabgeordneten vorgerechnet hatte, dass die von der Regierung geplante Steuerbefreiung von Neuwagen insbesondere die Käufer von spritfressenden Geländewagen und großen Karossen entlastet, kam es zu tumultartigen Auseinandersetzungen in den Fraktionen der großen Koalition. Die Abgeordneten wollten sich mehrheitlich nicht damit anfreunden, dass Kleinwagen nach den Kabinettsplänen mit Summen von 150 Euro, Luxusautos jedoch mit bis 1.900 Euro Steuernachlass auf die Straßen entlassen werden sollten. Aus zwei Jahren Steuerbefreiung wurden so noch sechs Monate, wobei bis Drucklegung dieses Jahresberichts noch nicht ausgemacht ist, dass die Parlamentarier sich während des Gesetzgebungsverfahrens nicht auch der DUH-Forderung anschließen: Gar keine Steuerbefreiung für Klimakiller.



schen Kältemitteln. Die DUH arbeitet daher daran, dass die Klimaanlage in allen Neuwagen ab 2011 mit dem natürlichen Kältemittel CO<sub>2</sub> betrieben werden.

### Durchatmen in der Umweltzone

Als „Feinstaubkontrolleure“ verkleidet haben DUH-Mitarbeiter am 1. Januar 2008 Autofahrer in Berlin, Hannover und Köln über die neue Umweltzone in der Stadt aufgeklärt. Wer schon eine grüne Umweltplakette hatte – also ein vergleichsweise abgasarmes Auto fährt – bekam einen Schokoladenglückskefer. Autofahrer, die mit einer Rußpartikelschleuder ohne Plakette in die Umweltzone wollten, erhielten ein Informationsblatt, das optisch an einen Bußgeldbescheid erinnerte und über Sinn und Zweck der Umweltzonen aufklärte.

Mit der medial äußerst erfolgreichen „Feinstaubkontrolle“ hat die DUH in allen 23 Städten mit Umweltzonen auf die Bedeutung dieser wirksamen Feinstaub- und Abgasbegrenzung in Innen-

städten hingewiesen. Denn Rußpartikel – insbesondere aus Dieselmotoren von Autos und Lastwagen – sind so klein, dass sie über die Lunge in die Blutbahn eindringen und innere Organe schädigen. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation sterben jedes Jahr in Deutschland 70.000 Menschen vorzeitig an den Folgen von Krankheiten, die durch Feinstaub verursacht wurden. Durchschnittlich verringert sich die Lebenserwartung eines Jeden um zehn Monate.

Die EU-Grenzwerte für die Feinstaubbelastung in Innenstädten sind momentan eines der effektivsten Mittel gegen Feinstaub. Die DUH hat daher bereits 2007 einen Bürger Münchens in einer erfolgreichen Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht unterstützt, der die Einhaltung der Feinstaubwerte in seiner Wohngegend verlangte. Das Grundsatzurteil besagt, dass Kommunen auch dann gegen die Feinstaubbelastung vorgehen müssen, wenn sie keine Aktionspläne für den Fall der Überschreitung erstellt haben. Die Stadt München hat nach dem Urteil die Durchfahrt von Lkw in der Gegend verboten.

### Kein Diesel ohne Filter

Die DUH engagiert sich seit 2002 für eine verbesserte Abgastechnik von Dieselfahrzeugen und hat mit anderen Umweltschutz- und Verkehrsverbänden die Allianz „Kein Diesel ohne Filter“ gegründet. Dank ihrer Arbeit kommen inzwischen fast alle Diesel-Pkw als Neuwagen mit geschlossenen Filtersystemen auf den Markt. Ältere Fahrzeuge verursachen aber weiterhin hohe Feinstaubkonzentrationen vor allem in Innenstädten und belasten Umwelt und Gesundheit. Die DUH setzt sich daher dafür ein, dass alle Autos, Busse und Lkw mit einem wirksamen Rußpartikelfilter nachgerüstet werden. Denn selbst wenn zwischenzeitlich über 500.000 Autofahrer seit Beginn der staatlichen Förderung im April 2007 einen Partikelfilter nachrüsten ließen, bedeutet dies leider nicht, dass der Filter funktioniert. Wie Recherchen der DUH belegen, wurden mindestens 45.000 unwirksame Rußfilter mit staatlicher Unterstützung verbaut.

Der Einbau eines Filters in Nutzfahrzeuge wird bislang nicht gefördert. Der DUH erscheint eine steuerliche Förderung aber dringend geboten, denn mehr und mehr kleine Lkw und Transporter sind in den Innenstädten unterwegs. In Zusammenarbeit mit Verbänden, Vertretern von Landes- und Bundesministerien, Parlamentariern und Herstellern von Nachrüst- und Kontrollsystemen bringt die DUH auch dieses Thema in die öffentliche Diskussion und drängt auf politische Entscheidungen, die Voraussetzung für einen verbesserten Gesundheitsschutz für die Menschen in den Innenstädten sind.

Wir danken unseren Projektpartnern im Verkehrssektor für die gute Zusammenarbeit: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Energy Foundation, European Climate Foundation, Goldsmith Foundation, Hewlett Foundation, ICCT, Oak Foundation, Toyota Deutschland und Umweltbundesamt.

## „Eine Zukunft und einen Markt hat die Autoindustrie nur mit Autos, die sparsam im Verbrauch und deswegen kundenfreundlich sind“

■ Die einzige Branche, um die sich die Bundesregierung nach der Finanzkrise außer den Banken gekümmert hat, ist die Autoindustrie. Wird Deutschland von den Autokonzernen regiert?

Jürgen Resch: *Es sieht ganz so aus. In keinem anderen Land der Erde herrschen so paradiesische Zustände für die Autoindustrie wie hierzulande: Kein Tempolimit und bis zu 58 Prozent steuerliche Subvention selbst für Luxus sportwagen. Eine CO<sub>2</sub>-bezogene Kfz-Steuer, die Spritfresser teuer macht, wird seit Jahren verschoben und nun noch die Steuerbefreiung von Neuwagen. Die Lobbyisten der deutschen Autokonzerne sitzen offenbar direkt am Kabinettstisch und diktieren der Bundesregierung die Gesetze.*

Die Zeit der Spritfresser neigt sich dem Ende. Kommt jetzt die Ära der sauberen und effizienten Fahrzeuge?

*Wir erleben aktuell den Niedergang der Autokonzerne, die immer schwerere, immer durstigere und immer weniger bezahlbare Autos konstruiert haben. Viele Jahre ging es ja vermeintlich gut. Der ehemalige Finanzminister Hans Eichel erklärte mir vor Jahren, wie wichtig eine geländewagenfreundliche Politik*



Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der DUH

*sei: Mit diesen Fahrzeugen mache die deutsche Industrie „richtig gute Gewinne“. Doch es war absehbar, dass dies auf Dauer nicht gut gehen kann. Diese falsche Subventionspolitik der Bundesregierung hat mit dazu beigetragen, dass es zu lange gut gegangen ist. Jetzt steht nicht nur Opel samt dem Mutterkonzern GM am Abgrund. Eine Zukunft und einen Markt hat die Autoindustrie nur mit Autos, die sparsam im Verbrauch und deswegen kundenfreundlich sind. Und die darüber hinaus so sauber sind, dass nicht zehntausende Menschen durch Rußpartikel krank werden oder sterben.*

Dafür gäbe es ja auch Filter.

*Da die Autoindustrie Neufahrzeuge verkaufen will, wird die Par-*

*tikelfilternachrüstung nur halbherzig unterstützt. Die DUH setzt sich seit Jahren für die Einführung funktionierender Umweltzonen ein und hat vor den höchsten deutschen und europäischen Gerichten die Klageberechtigung betroffener Bürger erstritten. Jetzt müssen wir noch erreichen, dass jeder Diesel auch einen Filter bekommt.*

Aber die DUH ist doch keine Kontrollbehörde.

*Nein, aber staatliche Stellen ziehen sich seit Jahren von ihrer Kontrollpflicht der Einhaltung von Umweltgesetzen zurück. Verkehrsvergehen, vom Falschparken bis zum Telefonieren am Steuer, werden zwar streng kontrolliert, aber bei der Missachtung von Umwelt- und Verbraucherschutzgesetzen schaut der Staat weg. Ein Beispiel ist die gesetzlich vorgeschriebene Energieverbrauchskennzeichnung von Autos und Elektrogeräten. Hier kontrolliert die DUH seit Jahren als einzige Stelle in Deutschland die Einhaltung der Gesetze, für die eigentlich die Bundesländer zuständig wären. Der Staat sollte seiner Verantwortung für die Einhaltung von Gesetzen gerecht werden und sich nicht auf die Selbstverpflichtungen der Wirtschaft verlassen.*

# Natur erhalten, Politik gestalten

Die DUH engagiert sich mit ihren Projektpartnern für den praktischen Naturschutz und nutzt die juristischen Mittel für den Erhalt der Biodiversität



■ Der Schutz von natürlichen Lebensräumen, Tieren und Pflanzen ist ein zentrales Anliegen der DUH. Naturschutz findet aber nicht nur in Wald, Wiese und an Weihern statt, sondern ist in den Mittelpunkt der internationalen Umwelt- und Klimapolitik gerückt, wie die UN-Biodiversitätskonferenz im Mai 2008 in Bonn gezeigt hat. Um die Biodiversität, die Vielfalt des Lebens, nachhaltig zu erhalten, sind noch viele politische und juristische Schritte nötig. An den Rednerpulten geben sich Landes- und Bundespolitiker zwar gern als Artenschützer aus, handeln aber allzu oft in ihrem politischen Verantwortungsbereich gegen die Grundsätze des Naturschutzes. Neben der praktischen Naturschutzarbeit mit unseren Projektpartnern im ganzen Land, konzentriert sich die DUH daher auch auf die politische Ausgestaltung des Artenschutzes in Deutschland, wie zum Beispiel im Umweltgesetzbuch (siehe auch S. 30) und verfolgt mit juristischen Mitteln eklatante Verstöße gegen Natur- und Artenschutzgesetze in Deutschland.

Mit dem NABU Baden-Württemberg klagt die DUH gegen das Regierungspräsidium Freiburg, das in einem Verwaltungsakt die Vernichtung der Kormoran-Brut im Naturschutzgebiet Radolfzeller Achried am Bodensee genehmigt hatte. In einer der letzten kalten Nächte des ausgehenden Winters 2008 haben Mitarbeiter des Regierungspräsidiums mit Halogenscheinwerfern die brütenden Kormorane von ihren Nestern vertrieben, damit die angebrüteten Eier auskühlen und die Jungvögel erfrieren. Da Kormorane unter Natur- und Artenschutz stehen, verstößt der Erlass nach Auffassung der

■ Unter dem Motto „Tauch ein in die Vielfalt des Lebens“ hat die DUH die Internetplattform [www.biodive.de](http://www.biodive.de) konzipiert. Kinder und Jugendliche waren aufgerufen, dort zwischen November 2007 und der UN-Biodiversitätskonferenz im Mai Fotos und Videos von Tieren, Pflanzen und Naturereignissen in ihrem direkten Lebensumfeld einzustellen. Für die interaktive Wissensvermittlung haben wir mit unseren Partnern BildungsCent e.V. und T-Mobile ein Internetlexikon zur Biodiversität entwickelt, das auf der Seite [www.biodiversitaet.info](http://www.biodiversitaet.info) ständig erweitert wird.



schwerde in Brüssel 2007 auch ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland aus. Ein Jahr lang drohte dem Land eine Millionenstrafe, denn die EU-Kommission hat das Verfahren erst im Januar 2008 eingestellt, nachdem Niedersachsen nach zweimaliger

Aufforderung durch die EU rechtsverbindlich zugesichert hat, sich fortan an geltendes europäisches Recht zu halten. Die Weichholzaunen an der niedersächsischen Elbe konnten erhalten werden.

DUH-Justitiare gegen geltendes Naturschutzrecht. Zudem hatte das Regierungspräsidium Freiburg den Erlass für sofort vollziehbar erklärt, so dass Naturschutzverbände kaum eine Möglichkeit für einen ihnen zustehenden rechtlichen Einspruch hatten. Da das Regierungspräsidium in derselben Nacht mit der Vernichtung Fakten geschaffen hat, nützte auch der Eilantrag von DUH und NABU gegen den Sofortvollzug am Tag des Erlasses (8. April) den Vögeln nichts mehr. Die noch anhängige Klage beim Verwaltungsgericht wird weitere rechtswidrige Tötungen am Bodensee hoffentlich verhindern.

Erfolgreich war die DUH mit einer Beschwerde bei der EU-Kommission gegen die Verletzung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie durch den niedersächsischen Umweltminister Hans-Heinrich Sander. Sander hatte eigenhändig im Biosphärenreservat „Niedersächsische Elbtalau“, das nach dem EU-Recht besonders geschützt ist, Auwaldsbäume gefällt. Er wurde daraufhin nicht nur als Kettensägenminister überregional bekannt. Sein rechtswidriges Verhalten löste nach der DUH-Be-

■ Mitten in Berlin hat die DUH am 17. Mai 2008 das große Fest der biologischen Vielfalt gefeiert. Während in Bonn am selben Tag die Vertreter von 170 Staaten zur 9. UN-Artenschutzkonferenz zusammenkamen, konnte das große und kleine Publikum rund um die Bühne am Bahnhof Friedrichstraße die biologische Vielfalt in der Stadt erfahren und sich an den Ständen von Naturschutzzentren und Organisationen über die Tier- Pflanzenwelt der Region informieren.



## Naturschutz ist Klimaschutz

Auen- und Bruchwälder in den Niederungslandschaften der Flüsse gehören zu den artenreichsten Lebensräumen in Mitteleuropa. Aber Auenwälder an natürlichen Flussläufen sind selten geworden. Über Jahrhunderte hat der Mensch die Wälder großflächig gerodet und in landwirtschaftliche Flächen umgewandelt, er hat die Flüsse begradigt, die Ufer befestigt und Deiche gebaut, so dass die natürlichen Überflutungen der Auenwälder ausblieben. Dabei sorgen sie für das ökologische Gleichgewicht an Flüssen, schützen das Land vor Hochwasser und sind für den Artenschutz von größter Bedeutung. Wie auch die tropischen Regenwälder erfüllen mitteleuropäische Feuchtwälder eine wichtige Aufgabe für den Klimaschutz, da sie große Mengen Kohlendioxid speichern. Bis zu dreißig Tonnen des klimaschädigenden CO<sub>2</sub> kann ein Hektar Feuchtwald zurückhalten: Der Torfboden speichert das Gas, das später in den dort wachsenden Bäumen gebunden wird.

### Flutungen an der Elbe

Die DUH hat sich daher zur besonderen Aufgabe den Schutz der noch verbliebenen Feuchtwälder im Urstromtal der Elbe gemacht. In der Panie-Niederung im Nordosten Niedersachsens stehen noch abwechslungsreiche nasse Bruchwälder, artenreiche Wiesen, Wiesenbrachen und unterschiedliche Kleingewässer. Etliche gefährdete Tierarten wie Laubfrosch, Knoblauchkröte und Kreuzkröte finden hier ebenso einen Lebensraum wie der Kranich und die heimliche Waldschnepfe.

Mit unserem Projektpartner Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der hier ein zusammenhängendes Areal von rund 55 Hektar inmitten eines flurbereinigten Gebiets gekauft hat, haben wir Flächen wieder vernässt und den Wasserstand angeho-

ben. In Zusammenarbeit mit dem Global Nature Fund und mit finanzieller Unterstützung von Toyota Deutschland und dem Toyota Fund for Europe haben DUH und BUND im November 2007 das Projekt „Flutung der Felder“ umgesetzt: Auf einem zwei Hektar großen Waldstück rund 15 Kilometer von der Elbe entfernt haben die Naturschützer von DUH und BUND mit Staubrettern und Heidekrautballen das Wasser in alten Entwässerungskanälen aufgehalten. Der Erfolg war schon nach wenigen Stunden ersichtlich: Das Wasser staute sich und bahnte sich einen Weg zurück in den Wald. Schon ein Jahr später konnten die DUH-Naturschützer feststellen, dass der Wasserstau den Bodenwasserhaushalt des Waldes nachhaltig verändert hat.

### Flusskonferenz 2007: Der Klimawandel verändert die Flusslandschaften

Im Klimajahr 2007 hat die DUH Experten unterschiedlicher Fachrichtungen aus Wissenschaft, Naturschutzverbänden und Behörden zur internationalen Flusskonferenz nach Berlin eingeladen. Zwei Tage haben die Fachleute über Perspektiven für den Fließgewässerschutz in Zeiten der globalen Erwärmung beraten. Ihr Fazit war eindeutig: Der Klimawandel wird die Flüsse und Bäche in bisher ungekanntem Ausmaß verändern. Und damit auch das Leben am und im Fluss beeinflussen. So kommt die Güterschifffahrt am mittleren und oberen Lauf der Elbe durch die Wasserarmut im Sommer fast zum Erliegen.

Die Fachleute der DUH-Flusskonferenz appellierten dringend dafür, dass das Gewässermanagement und die Bewirtschaftung von Fließgewässern an die Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Oberflächenwasser sollte auf den Feldern und in

den Wäldern gehalten werden, unrentable landwirtschaftliche Flächen in Überschwemmungsgebieten wieder mit Auwald-typischen Hölzern bepflanzt werden. 20.000 Hektar neue Erlenwälder können die Atmosphäre um jährlich 600.000 Tonnen Kohlendioxid entlasten, haben Wissenschaftler der Universität Greifswald errechnet. Für einen nachhaltigen Klimaschutz und den Artenerhalt an und in Flüssen wird die DUH daher weiter an der Ausweitung von Auwäldern arbeiten.

### Netzwerk Lebendige Flüsse

Seit vielen Jahren kooperiert die DUH erfolgreich mit lokalen Partnern im Netzwerk „Lebendige Flüsse in Deutschland“. Mit Unterstützung der DUH arbeiten Schulen, Verbände und Kommunen zusammen und initiieren eine Vielzahl von Projekten zum Schutz der Flüsse und ihrer Tier- und Pflanzenwelt.

### Die Lebendige Elbe

Herausragend unter den Fluss-Kooperationen ist das Projekt „Lebendige Elbe“, das das Hamburger Verlagshaus Gruner + Jahr und das Unternehmen Unilever Deutschland maßgeblich unterstützt haben. 2007 konnten wir mit unseren Kooperationspartnern das 10-jährige Jubiläum des Projektes „Lebendige Elbe“ feiern. In dem Projekt bringen wir die unterschiedlichen Organisationen zusammen, um mit ihnen ein ganzheitliches Schutzkonzept für die Elbe zu entwickeln. Durch die Vernetzung sind eine Reihe von Projekten zu Kultur, Naturschutz und Umweltbildung entstanden.

Im Netzwerk „Schulen für eine Lebendige Elbe“ engagieren sich auch Schülerinnen und Schüler an rund 100 Schulen im Elbe-Einzugsgebiet für den

## Auswahl weiterer Naturschutzprojekte der DUH im Netzwerk Lebendige Flüsse

Projektpartner	Projektbeschreibung
<b>Lebendige Elbe</b>	
Arnika	Netzwerk Lebendige Elbe: Living Elbe Campaign
Projektbüro Ilmenau/Schubz	Netzwerk Lebendige Ilmenau: Orientierung von Schülern in Natur- und Kulturräumen der Fließgewässer
BUND LV MV e.V.	Landkauf Sudewiesen Weidelandschaft
Flussregenpfeifer e.V./ Aktionsbündnis Elbe-Saale	15. Intern. Elbe-Saale-Camp „Lebendige Flüsse von der Wasserstraße zum Lebenspfad“
NABU LV Sachsen e.V.	Wartung und Pflege der Trossiner Teiche
BUND LV Berlin e.V.	Havelkampagne: Stopp Havelausbau
BUND KG Lüchow-Dannenberg e.V.	Auwaldschutz an der Elbe
<b>Lebendige Weser</b>	
BUND LV Thüringen e.V.	Netzwerk Lebendige Werra
Büro am Fluss - Lebendige Weser e.V.	Netzwerk Lebendige Weser: Bachpatenschaften, Allianz für eine Lebendige Weser-Werra-Fulda; Umweltbildung
<b>Lebendiger Rhein</b>	
Regionalbündnis Soonwald-Nahe e.V.	Netzwerk Lebendige Nahe
NABU Naturschutzstation Kranenburg e.V.	Rheinnetzwerk Lebendiger Rhein
Stiftung Wasserlauf NRW e.V.	Netzwerk Lebendige Sieg



Fluss. Sie bestimmen die chemische und biologische Gewässergüte, erarbeiten Präsentationen zur Information der Öffentlichkeit, erstellen Ausstellungen, forschen in Schüler-Camps, übernehmen Bachpatenschaften oder renaturieren Flussabschnitte. Das Netzwerk wird mit Unterstützung der Alcoa Foundation derzeit mit tschechischen Schulen ausgebaut.

Von Anfang an war es im Projekt „Lebendige Elbe“ der gemeinsame Wunsch, die Menschen und Organisationen, die sich in den Bundesländern an den Ufern der Elbe und ihrer Nebenflüsse für den Fluss einsetzen, zusammenzuführen. Die Hochwasser der vergangenen Jahre, der Schutz der Natur entlang der Elbe, aber auch die positiven Anzeichen für eine regionale Entwicklung zeigen, dass eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern und den dort lebenden „Flussaktiven“ nicht nur notwendig, sondern auch Erfolg versprechend ist. Die DUH und Gruner + Jahr haben deshalb alle Elbe-Schützer im Herbst 2007 zum ElbeForum nach Dresden eingeladen.

### Nahrung für den Weißstorch

In den Elbauen von Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Niedersachsen nisten die meisten der noch in Deutschland vorkommenden Weißstörche. Sie finden dort noch ausreichend Frösche

und andere Amphibien als wichtigste Nahrung insbesondere für die Fütterung der Jungvögel. Der Storchenhof Lohburg in Sachsen-Anhalt hat mit Hilfe der DUH und finanzieller Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt die Ausweitung von Laichhabitaten durch eine gezielte Wasser-rückhaltung im Grünland untersucht.

Dazu haben die Naturschützer mehrere Pilotprojekte durchgeführt. In Wahrenberg wurden im September 2008 mehrere Hektar wieder vernässt. Durch einen Stau hält sich im Frühjahr das Wasser länger auf einer Wiese, die dem NABU Hamburg gehört. Frösche und Kröten finden dort nun beste Laichbedingungen. Und die 15 Storchenpaare in Wahrenberg haben ausreichend Nahrung für die Aufzucht der Jungen.

### Freier Strom in freien Flüssen

Wasserkraftwerke erzeugen nicht nur sauberen Strom, sondern sie verändern auch die Lebensräume des fließenden Wassers tiefgreifend. Wasserkraftwerke behindern die Wanderungen von Fischen, die Turbinen schädigen oder töten abwandernde Fische. Deshalb hat sich an der Nutzung der Wasserkraft ein erbitterter Streit unter Natur- und Umweltschützern, Fischern und Energieversorgern entzündet, der bis weit in die Umweltverbände hineinreicht. Besonders um die so genannte „kleine

Wasserkraft“ – das sind Anlagen unter einem Megawatt Leistung – wird erbittert gerungen. Naturschützer und Fischer auf der einen Seite und die Betreiber kleiner Wasserkraftwerke auf der anderen Seite stehen sich scheinbar unversöhnlich gegenüber. Die DUH hat beide Seiten zu einem offenen Dialog an einen Tisch gebracht und nach Möglichkeiten gesucht, bestehende Anlagen ökologisch zu verbessern. Eine Broschüre mit guten Beispielen zeigt, was möglich ist und wie Fischaufstiege oder Nebengerinne finanzierbar sind. In einem Pilotprojekt entwickelt und erprobt das Büro am Fluss aus Plochingen gemeinsam mit der DUH ein alternatives Fördermodell für einen Verbund mehrerer Betreiber kleiner Wasserkraftanlagen.

### Biologische Vielfalt in lebendigen Wäldern

Dem Schutz der Wälder widmet sich die DUH in Projekten unter dem Titel „Lebendige Wälder“. Die DUH-Naturschützer haben allein oder mit Partnerorganisationen wie NABU und BUND in Wäldern von besonderer ökologischer Bedeutung Projekte gefördert oder durchgeführt. So haben sie Initiativen zum Schutz der bedrohten Arten Wildkatze, Schwarzstorch und Schreiadler unterstützt und an der Ausweitung neuer Schutzgebiete mitgewirkt. Die Waldgebiete stehen unter unterschiedlichen Schutzkategorien wie Nationalpark, Naturpark oder FFH-Gebiet (Fauna-Flora-Habitat) und liegen zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Thüringen.

### Natur und Kulturlandschaft

Die DUH hat auch 2007 und 2008 Projekte gefördert, die die Lebensräume und die biologische Vielfalt in der Kulturlandschaft erhalten. Denn viele Tiere und Pflanzen leben nur deswegen hier, weil der Mensch die Natur zur Landschaft geformt und sie jahr-

hundertlang bewirtschaftet hat. Dazu gehören feuchte Wiesen, Wacholderheiden oder Streuobstgebiete ebenso wie das Mosaik aus Teichen, Dünen und Lehmwänden in Kies- und Lehmgruben. Hier finden sich Naturparadiese aus zweiter Hand.

Ein ganz besonderes Experiment führt derzeit der BUND mit Unterstützung der DUH auf einer Weserinsel vor den Toren Bremens durch. Auf der als Ziegeninsel bezeichneten Insel am Lanke- nauer Höft soll – zunächst als Versuch – die Sandlandschaft wieder hergestellt werden. Die Idee: Da das Wasser die Sandlandschaften nicht mehr erreichen und offen halten kann, müssen andere Kräfte ran, die eine Verbuschung und letztlich Bewaldung solcher Flächen verhindern. Was an feuchten Auen Heckrinder oder Konikpferde erledigen, besorgen auf trockenen, sandigen Standorten die Ziegen.



Wir danken unseren Partnern im Naturschutz für die gute Zusammenarbeit: Alcoa Foundation, Bundesamt für Naturschutz, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, C & A, Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Garpa, Gruner + Jahr, Kyocera Mita, T-Mobile, Umweltbundesamt und Unilever.

### Naturschutzprojekte der DUH in den Netzwerken Kulturlandschaften und Lebendige Wälder

Projektpartner	Projektbeschreibung
<b>Kulturlandschaften</b>	
BUND LV Bremen e.V.	Modellhafte Entwicklung von Sandrasen
NABU Laatzen e.V.	Kopfweidenschutz im Leine-Gebiet
Michael-Succow-Stiftung	Renaturierung Bollwinfließ
<b>Lebendige Wälder</b>	
NABU Nordvorpommern e.V.	Schreiadlerschutz
ARA e.V. (vormals KoBra e.V.)	Internet-Waldportal-Projekt
BUND OV R. Mühlhausen-Heyerode	Naturlehrpfad im Naturpark Eichsfeld-Heinich-Werrata
Taurus Naturentwicklung e.V	Wiederansiedlung des Wisents
Naturschutzjugend im NABU, LV Hessen e.V.	Naturbildungsangebot f. Jugendliche „Wildlife - Waldleben“

# Natur in der Stadt

Die DUH zeichnet die ökologischen Vorreiter unter den Kommunen aus und fordert ausdrücklich zum Nachahmen auf



■ Städte und Gemeinden haben eine zentrale Bedeutung für den Natur- und Umweltschutz im dichtbesiedelten Deutschland. Sie entscheiden, ob Parks, öffentliche Grünflächen, Straßenränder oder die städtischen Friedhöfe umweltfreundlich und naturverträglich gepflegt werden. So entstehen mitten in den großen Städten und kleinen Kommunen Biotope, deren Artenreichtum selbst Biologen überrascht. Bürger und Besucher, die seltene Tier- und Pflanzenarten im Stadtpark vielleicht nicht gleich erkennen, erfreuen sich an der erlebnisreichen Natur vor der Haustür. Doch beim Natur- und Umweltschutz in den Städten und Gemeinden geht es nicht nur um den Menschen, sondern tatsächlich um den Erhalt von Tier- und Pflanzenarten und den Schutz der biologischen Vielfalt im Land. Da der Lebensraum für Tiere und Pflanzen außerhalb der Städte schwindet, gewinnen auch kleine Flächen an Bedeutung für die Biodiversität.

Die DUH fördert daher den kommunalen Umweltschutz mit verschiedenen Wettbewerben, die vorbildliche Städte und Gemeinden auszeichnen. Ihre Natur- und Umweltschutzprojekte sollen Nachahmer in anderen Regionen finden und zeigen: Naturschutz ist überall möglich.





## Bundeshauptstadt im Naturschutz

Ein Vorbild für mittelgroße Städte, ja sogar Ballungsräume, ist die Stadt Heidelberg, die 2007 den Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Naturschutz“ gewonnen hat. Heidelberg hat sich gegen 114 Kommunen beim gleichnamigen DUH-Kommunalwettbewerb durchgesetzt, der das Naturschutzengagement der Städte und Gemeinden bewertet. Die Jury überzeugte insbesondere der hervorragende Arten- und Biotopschutz in Heidelberg. Die Stadt hat einen Artenschutzplan zum Erhalt der biologischen Vielfalt in der städtischen Kulturlandschaft erstellt, nach dem sensible Gebiete gepflegt werden, in denen unter anderem Wildbienen und Mauereidechsen leben.

## Grün in der Stadt

Über die Auszeichnung „Projekt des Monats der Initiative Grün in der Stadt“ haben sich im Jahr 2008 jeden Monat kleine und mittelgroße Städte im ganzen Land gefreut. Sie alle zeichnen sich durch ökologisch hervorragendes Grünflächenmanagement und Ideenreichtum aus. Zum Beispiel Bamberg, Projekt des Monats im Januar: Die Stadt pflegt sechs Kilometer Grünstreifen entlang von Straßen nach ökologischen Kriterien. Auf aufgeschüttetem Sand am Straßenrand blühen mittlerweile über 400 standortgerechte

Pflanzenarten, darunter auch bedrohte Arten wie das Alpen-Leinkraut oder die Violette Königskerze.

Die beeindruckende Vielfalt an Projekten aus ganz Deutschland – Renaturierungen ehemaliger Flugplätze und abgerissener Plattenbaugebiete, Naturerlebnisschulen, Naturschaugärten, Fluss- und Bachrenaturierungen, naturnahe Parks und Friedhöfe und viele mehr – hat die DUH in vier Workshops vorgestellt, um andere Kommunen zum Nachahmen anzuregen.

## Die Zeichen der Zeit

Zu jedem nachhaltigen Projekt gehört eine gute Idee – und manchmal auch ein Förderer, damit aus der Idee ein Projekt wird. Die DUH hat daher den Wettbewerb „Zeitzeichen-Ideen 2008“ gestartet, um schon frühzeitig Projektideen für Nachhaltigkeit in Kommunen unterstützen und begleiten zu können. Ausgezeichnet wurde die AOVE Regionalentwicklungsgesellschaft, in der sich neun Kommunen zusammengeschlossen haben, um den Klimaschutz in ihrer Region voranzutreiben. Preiswürdig war auch die Kinderumweltzeitung (KUZ) aus Gelsenkirchen, die mit Schülern zwischen acht und zwölf Jahren in ganz Deutschland Lokalredaktionen an Schulen gründen will, die dann die Kinderumweltzeitung erstellen. Eine weitere Auszeichnung ging an den Caritasverband Leip-

zig und die dortige Organisation Ökolöwe, die gemeinsam eine Energieberatung insbesondere für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger anbieten.

## Energiewende in der Stadt

Mit dem Klima-Bündnis hat die DUH das Internetportal [www.energiekommunal.de](http://www.energiekommunal.de) eingerichtet, auf dem sich Kommunen über energetische Gebäudesanierung, klimaschonende Siedlungsplanung und andere kommunale Projekte zur Energieeinsparung informieren können. Die Nutzung der Sonnenenergie propagiert die DUH mit dem Modulhersteller Solarworld und der Kampagne „SolarLokal“. Oberbürgermeister und Bürgermeister aus über 300 Kommunen unterstützen mittlerweile die Imagekampagne SolarLokal. Um die Sonnenenergie zu fördern, führt die DUH seit 2001 mit der Fachzeitschrift Solarthemen die Solarbundesliga durch, an der sich mehr als 1.000 Kommunen beteiligen.

Die Projekte wurden gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Bundesamt für Naturschutz und dem Umweltbundesamt. Die SolarChampions-League wurde von EU-Intelligent Energy unterstützt.

# Klare Sache Kennzeichnung

Hersteller und Händler müssen den Energieverbrauch von neuen Autos und großen Haushaltsgeräten angeben. Das machen sie aber nicht immer. Ein klarer Fall für die DUH-Verbraucherschutzabteilung



■ Zum erfolgreichen Klimaschutz tragen Verbraucher entscheidend bei. Damit sie jedoch energieeffiziente und klimaschonende Produkte überhaupt erkennen können, müssen die Händler zumindest den Energieverbrauch von Haushaltsgroßgeräten angeben. Laut Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (EnVKV) von 1997 müssen mittlerweile alle neuen Kühlschränke, Backöfen, Geschirrspüler, Waschmaschinen und Trockner, Raumklimageräte und sogar Lampen bei der Ausstellung im Geschäft oder einem Online-Shop mit einem EU-weit einheitlichen bunten Energielabel gekennzeichnet sein. Potentielle Kunden können also auf einen Blick erkennen, welche Energieeffizienzklasse das Gerät hat, wie viel Strom es im Jahr verbraucht, wie viel Lärm es verursacht oder wie viel Wasser das Gerät gegebenenfalls verbraucht.

Bei bundesweiten Kontrollen stellt die DUH jedoch immer wieder fest, dass Händler die zum Verkauf stehenden Geräte nicht vorschriftsmäßig und verbraucherfreundlich kennzeichnen. Über die Gründe ließe sich spekulieren, die EnVKV lässt jedenfalls keine Fragen offen. Als Umwelt- und Verbraucherschutzverband verlangt die DUH unmissverständlich, dass die Geschäfte das widrige Verhalten einstellen und geht notfalls auch vor Gericht. Die Verfahren hat die DUH bislang fast ausschließlich gewonnen. So entschieden die Gerichte 2008 in drei Fällen gegen Filialen der bundesweiten Elektronikmärkte „MediMax“, die u.a. Klimageräte unzureichend oder gar nicht

gekennzeichnet hatten. Erstaunlicherweise haben die Märkte ihre Pflicht zur Kennzeichnung der Geräte bis zum Ende des Verfahrens bestritten, obwohl die EnVKV eindeutig ist. Verfahren in ähnlichen Fällen gegen große Handelsketten sind noch nicht abgeschlossen.

Auch die Hersteller und Händler von Autos müssen seit 2004 ihre Fahrzeuge nach der Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (Pkw-EnVKV) kennzeichnen. Bei Neuwagenwerbung in Zeitungen, Zeitschriften und im Internet müssen die Hersteller und Händler den Spritverbrauch innerorts, außerorts und kombiniert in Litern pro 100 Kilometern sowie den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Gramm pro Kilometer angeben – und zwar so, dass die Angaben auch bei flüchtigem Lesen leicht verständlich und gut lesbar sind. Das machen sie aber nicht immer, so dass die DUH zwischen Nordsee und Alpen zahlreiche Autohäuser aufklärt und die Einhaltung der klimapolitisch wichtigen Kennzeichnungspflicht anmahnt – notfalls auch vor Gericht.

Mit dem Öko-Institut, dem Bundesarbeitskreis für umweltbewusstes Management, dem BUND und dem Deutschen Naturschutzring arbeitet die DUH seit Anfang 2008 in dem Projekt „Energieeffizienz-jetzt!“. Der Name ist Programm und das von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderte Projekt ist ein Baustein auf dem Weg in eine energieeffiziente Zukunft.

### Kampagne

■ ■ ■ **energieeffizienz – jetzt!**  
für Haushalte und Unternehmen

## Kontrolle wäre besser

■ Es stellt sich die Frage, weshalb die DUH als Umwelt- und Verbraucherschutzverband überhaupt die Umsetzung der Kennzeichnungspflicht kontrollieren muss, beinhaltet die Verordnung doch einen klaren Handlungsauftrag an die Bundesländer. Rein formal hat Deutschland zwar die entsprechende EU-Richtlinie von 1999 mit der Pkw-EnVKV im Jahr 2004 in nationales Recht umgesetzt, doch in der Praxis ist davon in den meisten Bundesländern nichts zu spüren. Die Länderministerien müssten Vollzugsbehörden benennen, die die ordnungsgemäße Pkw-Kennzeichnung in den Autohäusern überprüfen.

Das jedoch ist bloße Theorie. Eine Umfrage der DUH im Dezember 2007 bei den zuständigen Länderministerien hat ergeben, dass erst die Hälfte der Bundesländer zuständige Stellen benannt hat. Drei Bundesländer lassen immerhin erkennen, dass sie Vor-Ort-Kontrollen in den Geschäften durchführen wollen. Alle anderen Bundesländer bekennen sich zwar gern zum Klimaschutz, setzen aber die Pkw-EnVKV nicht um und haben keine zuständigen Behörden benannt.

Die DUH hat daher im Februar 2008 eine Klage bei der EU-Kommission wegen „faktischer Nichtumsetzung“ der Pkw-EnVKV in den Bundesländern eingereicht. In dem Schreiben an Kommissionspräsident Barroso haben wir auch darauf hingewiesen, dass die mangelnde Verbraucherinformation die Ziele und Anliegen des Klimaschutzes behindert und haben der Beschwerde die Ergebnisse von mittlerweile drei Umfragen vom Januar 2006 sowie April und Dezember 2007 bei den Länderministerien beigelegt. Die EU-Kommission prüft die Beschwerde, ein Ergebnis steht noch aus.



# Der Müll, der Hafen und die Umweltversch

Illegale Elektroschrott-Exporte über den Hamburger Hafen und verbotene Entsorgung von Kühlgeräten in Auto-Schredderanlagen – die DUH-Abfallexperten kommen sich manchmal vor wie in einem Krimi



■ Eine entführte Staatsanwältin zwischen den alten Computermonitoren und Fernsehern haben die DUH-Abfallexperten bei ihren Recherchen im Hamburger Hafen nicht gefunden. Ansonsten aber stimmte das Bild in der Tatort-Folge „Und Tschüss“ mit der Realität überein. Containerweise exportieren Händler und Reeder illegal Elektro-Altgeräte nach Afrika, Usbekistan, Vietnam und in andere asiatische Länder. Deklariert als Handelsware, verlässt der Elektroschrott Deutschland und soll in diesen Ländern angeblich aufgearbeitet beziehungsweise umweltgerecht entsorgt werden. Das hält DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch für unwahrscheinlich, konnte er doch im Sommer 2007 nachweisen, dass die für den Export bestimmte Ware schon in Hamburg derart rampont verladen wird, dass jede weitere Nutzung unmöglich ist. Zusammen mit weiteren DUH-Mitarbeiterinnen fand er Altagos, die mit zerborstenen Monitoren vollgestopft waren, Kühlschränke, aus denen die klimaschädliche Kälteflüssigkeit lief und vom Regen durchnässte Computer und Fernsehgeräte.



# nutzung

Die Hersteller von Elektrogeräten sind seit Einführung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes im März 2006 verpflichtet, alte Elektrogeräte zu entsorgen. Doch dem Einfallsreichtum aller Beteiligten scheinen keine Grenzen gesetzt zu sein, versuchen doch einige Entsorger trickreich den Müll so billig wie möglich loszuwerden. Diese Erfahrung machte auch Maria Elander, Leiterin der Abteilung Kreislaufwirtschaft, als sie nach dem Verbleib des FCKW-Kältemittels aus alten Kühlschränken suchte. FCKW zerstören die Erdatmosphäre und sind daher verboten. Da FCKW-Kältemittel jedoch in alten Kühlschränken aus den 1990iger Jahren noch vorhanden sind, müssen Kühl- und Gefrierschränke umweltfreundlich entsorgt, das FCKW in Spezialanlagen abgefangen und vernichtet werden. In Deutschland wurden im Jahr 2006 nach Recherchen der DUH aber nur 45 Prozent des Treibhausgas FCKW ordentlich entsorgt. Der Großteil gelang mit einer Treibhauswirkung von 3,1 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre, da die Recyclinganlagen undicht waren oder weil die ausrangierten Kühlschränke illegal in Autoschredderanlagen verschrottet wurden.

Zehn Prozent des Stroms verbrauchen Städte, Behörden, Privathaushalte und Unternehmen hierzulande für die Beleuchtung. Von der für Licht eingesetzten Energie könnten sie 22 Milliarden Kilowattstunden einsparen – ein Drittel allein in privaten Haushalten. Energieeffizient und technisch überzeugend sind Energiesparlampen, die bei der gleichen Lichtstärke 20 Prozent weniger Strom als eine herkömmliche Glühlampe verbrauchen. Energiesparlampen und Leuchtstoffröhren enthalten jedoch kleine Mengen Quecksilber. Sie gehören daher in den Sondermüll, damit das Quecksilber entsorgt wird und nicht in die Umwelt gelangt.

Nur eine von drei alten Lampen wird jedoch ordnungsgemäß entsorgt (Stand 2008). Die DUH fördert deshalb die Sammlung von Energiesparlampen, die



laut dem Elektroaltgerätegesetz getrennt vom Hausmüll gesammelt werden müssen. In dem Projekt „Bewusstseinsbildung für Gasentladungslampen“ wurde u.a. ein „Toolkit“ mit Informationsmaterialien wie Infolyer, Ratgeber, Poster, Aufkleber und Factsheets für Kommunen zur Unterstützung der Bürgerinformation entwickelt. Auf Lampenaktionstagen in verschiedenen Städten konnten Bürgerinnen und Bürger alte Glühbirnen gegen effiziente Energiesparlampen tauschen und wurden von den DUH-Energieexperten über Recycling informiert. Da immer noch zu wenig Lichter für den Klimaschutz aufgehen, unterstützt die DUH auch den Schulwettbewerb „klima on s'cooltour“ der Lightcycle Retourlogistik und Service GmbH.

## Sammlung und hochwertiges Recycling von Elektroschrott

Mit dem von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt geförderten Projekt „Green Electronics“ hat die DUH von 2005 bis April 2008 die Umsetzung des Elektroaltgerätegesetzes in Deutschland begleitet. Im engen Austausch mit Kommunen hat die DUH Praxistipps und Anregungen für ihre Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich Elektroaltgerätesammlung erarbeitet und Informations- und Unterrichtsmaterialien für Schulen verteilt. Im Rahmen des Projektes wurden außerdem 14 Unternehmen und Kommunen für ihre vorbildliche Umsetzung des Elektrogesezes als „Projekte des Monats“ ausgezeichnet.

## „Da kann ja jeder kommen“

### Wie Baumärkte die Aufklärung über schadstoffhaltige Produkte und ihre Entsorgung verweigern

■ Leere Montageschaumdosen, sogenannte PU-Schaumdosen, gehören aufgrund ihrer problematischen Reststoffe nicht in den Hausmüll, sondern müssen getrennt gesammelt werden. Laut Gesetz müssen die Geschäfte die Verbraucher über die Rückgabe informieren. Dieser Informationspflicht kommen Baumärkte jedoch gar nicht oder allenfalls unzureichend nach. Teilweise informieren sie ihre Kunden sogar bewusst irreführend über die Rückgabemöglichkeiten. Die DUH setzt sich bereits im dritten Jahr dafür ein, dass die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Ziel ist es, die Schadstoffbelastung des Hausmülls zu verringern und durch Recycling den Stoffkreislauf zu schließen.

# Mehrweg für den Klimaschutz

Saft, Wasser, Bier oder Limonade in Glasmehrwegflaschen sind nicht nur gut für den Durst, sondern vor allem für das Klima. Die Mehrwegexperten der DUH streiten deswegen unermüdlich und kreativ für die vielfach verwendbaren Flaschen



■ Getränke in Mehrwegflaschen aus Glas stärken regionale Wirtschaftskreisläufe, sie sind umweltfreundlich und tragen zum Klimaschutz bei. Bis zu 53 Mal kann eine Glasmehrwegflasche für Mineralwasser wiederbefüllt werden. Da Mehrweggetränkeflaschen üblicherweise nur über kurze Strecken von 50 Kilometern transportiert werden, ist eine Glasmehrwegflasche nur für gut die Hälfte des Treibhausgases CO<sub>2</sub> verantwortlich, die eine Einwegflasche aus Kunststoff verursacht. Plastikflaschen legen durchschnittlich 250 Kilometer zurück, bevor sie in den allermeisten Fällen im Discounter-Sortiment landen. Jährlich könnten 1,1 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden, wenn alle alkoholfreien Getränke in Mehrweg statt in Einwegflaschen abgefüllt werden würden. Die DUH setzt sich daher seit vielen Jahren für die Förderung und Weiterentwicklung von umweltfreundlichen Mehrwegsystemen ein.



**Einwegverpackungen belasten das Klima – Kaufen Sie Getränke in Mehrwegflaschen!**

Weniger Klimakiller CO<sub>2</sub> – weniger Fernverkehr – weniger Abfall

Regionale Wirtschaftskreisläufe sichern zudem Arbeitsplätze in der Region



Eine Initiative von:



Überrascht waren die Mitarbeiter der Abteilung Kreislaufwirtschaft, als sie im Sommer 2008 beim Discounter Lidl Einwegflaschen im Mehrweglook entdeckten. Fast wöchentlich erweiterte der Discounter sein Sortiment mit Markenbieren wie Franziskaner, Wernesgrüner oder Hasseröder um weitere Biere oder Biermischgetränke in Einwegglasflaschen, die von Form, Farbe, Größe und Etikettierung den bekannten Mehrwegflaschen glichen. Der Mehrweglook war so perfekt, dass weder Verbraucher, noch die Mitarbeiter im Getränke- und Lebensmittelhandel

oder gar die Leergutautomaten den Unterschied feststellen konnten. Die Zeche zahlten der Verbraucher und die Träger der Mehrwegsysteme: Der Verbraucher bekommt bei der Rückgabe in Getränke- und Supermärkten meistens nur den üblichen Mehrwegpfandsatz von acht Cent, hat bei Lidl aber den Einwegpfandsatz von 25 Cent pro Flasche bezahlt. Aber nicht nur der Verbraucher verliert mit jeder falsch zurückgenommenen Flasche 17 Cent – Lidl's Einwegflaschenoffensive hat auch das Mehrwegsystem pro Flasche um acht Cent geschröpft.

Nachdem die DUH die Verbrauchertäuschung bei Lidl aufgedeckt und eine Klage gegen die Franziskaner Brauerei eingereicht hatte, lenkte der Discounter ein. Bis Ende des Jahres wollte Lidl die Einwegflaschen aus dem Sortiment nehmen, um „Irritationen und Verwechslungen bei Kunden und im mehrwegorientierten Getränkehandel zu vermeiden“, wie Lidl der DUH schrieb. Einzig was das Unternehmen mit den Millionengewinnen aus dem einbehaltenen Einwegpfand machen wollte, hat Lidl verschwiegen.

## Die Kampagne

Mit Unternehmen und Verbänden des mehrwegorientierten Getränkehandels und der Getränkewirtschaft hat die DUH schon 2007 die Aktion „Mehrweg ist Klimaschutz“ ins Leben gerufen. Diese bisher größte Kampagne im Getränkehandel klärt die Verbraucherinnen und Verbraucher mit Plakaten und Broschüren in über 5.000 Getränkemärkten über die Umwelt- und Klimavorteile von Mehrwegverpackungen auf. Ziel der Kampagne ist, dass sich die Verbraucher auch aus Klimaschutzgründen für Getränke in Mehrwegflaschen entscheiden. Wir haben 2008 die Kampagne aktualisiert und fortgesetzt.

## Film ab!

Mit dem Mehrweg-Filmpreis zeichnet die DUH zusammen mit der Stiftung Initiative Mehrweg seit 2007 jährlich Kinospots, Kurzfilme und Video-Clips aus, die einen neuen Blick auf die Vielfalt, Vielseitigkeit und Zeitlosigkeit der Glas-Mehrwegsysteme werfen. Unter den außergewöhnlich kreativen, humorvollen und künstlerischen Beiträgen wurden bislang acht Filme von einer Jury aus den Umweltverbänden und der Mehrwegbranche ausgezeichnet. Die mit dem Mehrweg-Filmpreis prämierten Filme werden öffentlich gezeigt und werben für das positive Image von Mehrweg-Systemen.

## Mehrweg-Innovationspreis

Auch ein umweltfreundliches, funktionierendes System wie das Mehrwegsystem bietet noch Optimierungspotentiale. Entsprechend sind Innovationen und Kreativität auch bei Mehrweg-Glasflaschen immer noch wichtig. Die DUH zeichnet seit 2006 zusammen mit der Stiftung Initiative Mehrweg mehrwegorientierte Abfüller und Logistikunternehmen mit dem Mehrweg-Innovationspreis für herausragende Neuentwicklungen im Bereich umweltfreundlicher Mehrwegsysteme aus. Die Auszeichnung vermittelt die innovativen Ansätze im Bereich Mehrweg und stärkt die Wahrnehmung der Mehrwegsysteme als moderne und hochtechnologische Verpackungslösungen. Der Gewinner des Mehrweg-Innovationspreises 2008 ist die Schlör Bodensee Fruchtsaft AG für ihre Designer-Gastronomie-Mehrwegglasflasche, die durch Gewichts- und Logistiko-Optimierungen Design und Umweltschutz verbindet.

## Europäische Konferenz

Mit dem Europäischen Verband für Bier- und Getränkegroßhandel (CE-GROBB) organisiert die DUH seit 2007 jährlich die Europäische Mehrwegkonferenz in Brüssel. Schirmherrin für die ersten beiden Konferenzen war Dorette Corbey, Abgeordnete im EU-Parlament, die sich im Frühjahr 2008 auf einer Fachreise in Deutschland von den vielfältigen Mehrwegprodukten und dem Mehrwegsystem überzeugt hat. Die Konferenz endete mit einer Premiere: Die erstmalige Auszeichnung mit dem European Refillables Award. Der Preis ging an den Bielefelder Getränkemarkt Lösch Depot für seine Förderung regionaler Produkte und Mehrwegsysteme sowie an den belgischen Mineralwasserabfüller Spadel für die Gewichts- und Logistiko-Optimierung seiner Glasmehrwegflasche.



## Ein Zeichen für Mehrweg

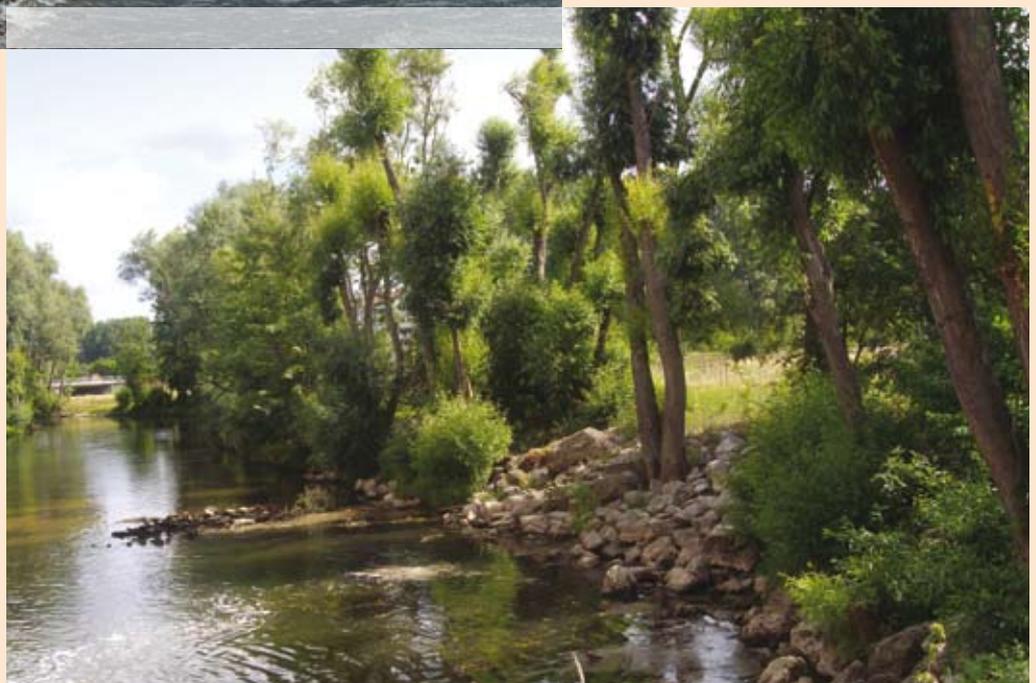
Viele Verbraucher möchten ihre Getränke gern in Mehrwegflaschen kaufen. Allerdings wissen auch fünf Jahre nach Einführung des Einwegpfandes nur 55 Prozent der Verbraucher, dass Pfandflaschen auch Einwegflaschen sein können. Die DUH hat daher ein Mehrweg-Logo mit entwickelt, mit dem Getränke in Mehrwegflaschen leicht zu erkennen sind. Derzeit nutzen rund 140 Abfüller das Mehrweg-Logo, das immerhin ein Drittel der Verbraucher kennt.

# Juristischer Beistand für das Umweltgesetz

Das Umweltgesetzbuch ist eines der größten Vorhaben der großen Koalition. In dem neugeschaffenen Gesetzbuch sollen zahlreiche Umwelt- und Naturschutzgesetze in einem Werk zusammengefasst werden, um so zum Beispiel die Genehmigungsverfahren für industrielle Vorhaben zu vereinfachen



■ Dass Großprojekte auch in der Politik nur schwer umzusetzen sind, haben die Beteiligten in Bund, Ländern und auch die DUH-Umweltjuristin Dr. Cornelia Nicklas erfahren. Nicklas begleitet mit den DUH-Projektpartnern vom Öko-Institut und dem Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU) den Gesetzgebungsprozess des UGB. Den Zeitplan mächtig durcheinandergebracht haben vor allem das Landwirtschafts- und das Wirtschaftsministerium, die nicht nur etablierte Standards im Naturschutzrecht kippen wollen, sondern auch ihre grundsätzlichen Zweifel an den vorgeschlagenen Regelungen zur Vereinheitlichung des Anlagenzulassungsrechts haben.



## „Das Umweltgesetzbuch muss einen qualitativen Mehrwert erbringen“

■ Frage: Frau Dr. Nicklas, Sie begleiten den umfangreichen Gesetzgebungsprozess des UGB von Anfang an. Werden Sie die Korken knallen lassen, wenn es in Kraft tritt?

Dr. Cornelia Nicklas: *Das kommt auf die dann beschlossenen Inhalte an. Wir haben das Reformprojekt der Bundesregierung von Anfang an begrüßt und stets gefordert, dass es einen umweltpolitischen Mehrwert erbringen muss, um Deutschland ökologisch zukunftsfähig zu machen. Ob das UGB diesem Anspruch qualitativ genügt, wird sich erst nach seiner Verabschiedung zeigen.*

Warum ist der Abstimmungsprozess zwischen den beteiligten Ministerien in Bund und Ländern denn so langwierig?

*Weil alle Beteiligten versuchen, ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Das Umweltrecht zu harmonisieren bedeutet, es für Änderungen – in welche Richtung auch immer – zu öffnen. So fordern die einen in diesem Prozess eine qualitative Verbesserung des geltenden Rechts, andere wollen demgegenüber einen Standardabbau durchsetzen. Das führt zu Gezerre.*

Deutschland gilt als überreguliert. Warum braucht das Land ein Umweltgesetzbuch?



Wird der Naturschutz im neuen Umweltgesetzbuch genügend Berücksichtigung finden?

*Ein Umweltgesetzbuch, in dem die zentralen umweltrechtlichen Regelungen zusammengefasst sind, ist längst überfällig, weil wir es in diesem Bereich mit einer starken Zersplitterung zu tun haben. Das UGB trägt also gerade nicht zur Überregulierung bei, sondern soll im Gegenteil dazu dienen, das geltende Recht zu harmonisieren, zusammenzufassen und zu vereinfachen.*

Welche Folgen für den Umwelt- und Naturschutz hat die Zusammenführung der Gesetze in einem UGB?

*Das lässt sich erst nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens sagen. Umwelt- und Naturschutz können vom neuen Recht profitieren, wenn es gelingt, dort Fortschritte zu erzielen, wo sich Defizite in der Praxis gezeigt haben. Zum Beispiel beim Flächenverbrauch: Die Flächeninanspruchnahme hat erschreckende Ausmaße angenommen. Wenn wir es ernst meinen mit dem Umwelt- und Naturschutz, brauchen wir ein Flächenminimierungsgebot als gesetzliche Grundpflicht für jeden Anlagenbetreiber. Das sieht der derzeitige Entwurf des UGB noch nicht vor.*

Reicht es denn aus, die teilweise seit Jahrzehnten bestehenden Gesetze in einem dicken Gesetzeswerk zusammenzuführen?

*Nein, das reicht nicht aus. Wie eingangs gesagt, muss das Umweltgesetzbuch einen qualitativen Mehrwert erbringen, um Deutschland auf die umweltpolitischen Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Das gilt vor allem für die Bereiche Klima- und Naturschutz. Wenn wir die inhaltlichen Herausforderungen nicht mit der Harmonisierung des geltenden Umweltrechts verknüpfen, laufen wir ernsthaft Gefahr, die gesetzten umweltpolitischen Ziele zu verfehlen.*

# Für Mensch und Umwelt



DUH-Umwelt-Medienpreis 2007



DUH-Umwelt-Medienpreis 2008



Deutscher Klimaschutzpreis 2007



Deutscher Klimaschutzpreis 2008

## DUH-Umwelt-Medienpreis

Nachhaltig zum Umwelt- und Naturschutz beitragen, kann auch ein so präsender und erfolgreicher Umweltschutzverband wie die DUH nur, wenn Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ein Bewusstsein für die Ökologie haben. Nur wenn die Zusammenhänge von Energieverbrauch und Klimawandel, Wirtschaftswachstum und Verlust der Biodiversität, Automobilität und Artensterben bekannt sind, haben Umwelt- und Naturschützer die öffentliche Basis, um politische und gesellschaftliche Veränderungen voranzutreiben.

Die Medien haben daher eine zentrale Bedeutung, denn sie vermitteln die Hintergründe, erklären Zusammenhänge, zeigen dem Zuschauer oder dem Leser die Bilder von den Folgen des Klimawandels ebenso wie die Faszination einer lebendigen Natur. Journalistinnen und Journalisten bei Zeitungen, dem Fernsehen, Radio, in Zeitschriften und in Internet-Redaktionen bieten den Zuschauern und Lesern durch eine hintergründige und facettenreiche Berichterstattung die Möglichkeit, sich selbst ein umfassendes Bild zu machen. Ihre Arbeit ist im besten Sinne aufklärerisch, denn sie informieren über eine der zentralen globalen Herausforderungen und schaffen die Grundlage für Umweltbewusstsein.

Die DUH stärkt die journalistische Arbeit seit mittlerweile dreizehn Jahren mit dem DUH-Umwelt-Medienpreis. Alljährlich im Dezember vergeben wir an Journalisten, Redaktionen, Autoren oder auch an Wissenschaftler den Preis „für herausragende Leistungen bei der journalistischen und schriftstellerischen Auseinandersetzung mit der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage“, wie es in der Ausschreibung heißt. Der Medienpreis wird unterstützt von T-Mobile.

## Deutscher Klimaschutzpreis

Im Klimajahr 2007 hat die DUH den Deutschen Klimaschutzpreis ins Leben gerufen und zum ersten Mal vergeben. Ausgezeichnet werden Personen und Organisationen, die mit neuen Ideen, Strategien, Konzepten oder Produkten zum Verständnis, zur Bekämpfung oder zu Reduzierung der Auswirkungen des Klimawandels beitragen. Die Preisträger des Deutschen Klimaschutzpreises sollen als Vorbilder dienen und Nachahmer motivieren. Der Deutsche Klimaschutzpreis wird unterstützt von Toyota Deutschland.



## zeo<sub>2</sub> – das Magazin für Umwelt, Politik und Neue Wirtschaft

Neue Zeiten brauchen neue Medien. Da Klima- und Umweltpolitik zu Querschnittsthemen der Politik an sich geworden sind, ist die Zeit reif für ein neues hintergründiges, nachhaltiges und politisches Umweltmagazin. Mit der Zeitschrift zeo<sub>2</sub> – dem Magazin für Umwelt Politik und Neue Wirtschaft – hat die DUH im Frühjahr 2008 begonnen, eine publizistische Lücke zu schließen. Vorerst erscheint zeo<sub>2</sub>

(sprich: Zeozwei) alle drei Monate und wird von einem externen Redaktionsbüro unter Leitung des Umweltmedienpreisträgers Manfred Kriener herausgegeben. Die erste Ausgabe erschien mit dem Schwerpunkt biologische Vielfalt zur UN-Artenschutzkonferenz in Bonn. Für große publizistische Aufmerksamkeit sorgte aber auch die dritte Ausgabe mit einem Interview mit dem ehemaligen Außenminister Joschka Fischer. Fischer warnte seine Partei Bündnis90/Die Grünen, „nicht unrealistisch zu sein“ und Kohlekraftwerke abzulehnen.

**„Eine vielfältige und hochaktuelle umweltpolitische Zeitschrift.“**

Hubert Weinzierl, Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR)

**„zeo<sub>2</sub> ist meinungsfreudig und elegant – erfrischend schon das moderne, durchsichtige Layout.“**

Kölner Stadtanzeiger

**„zeo<sub>2</sub> wagt neue Wege. Ich gratuliere zu diesem Produkt und warte voller Vorfreude auf die nächste Ausgabe.“**

Klaus Töpfer, ehemaliger Bundesumweltminister und Chef des UN-Umweltprogramms

## Die Preisträger

### Preisträger 12. DUH-Umwelt-Medienpreis 2007

- Anne Kreutzmann, *Chefredakteurin und Gründerin des Solarstrom-Magazins „Photon“* (Kategorie Print)
- Monika Seynsche, *Wissenschaftsjournalistin des Deutschlandfunk* (Kategorie Hörfunk)
- Ingo Herbst und Klaus Feichtenberger, *Filmemacher und Autoren der Dokumentation „Wüsten im Vormarsch“* (Kategorie Fernsehen)
- Die Redaktion des Kindermagazins [www.GEOlino.de](http://www.GEOlino.de) (Kategorie Neue Medien)
- Rudolf L. Schreiber, *Publizist und Unternehmensberater* (Lebenswerk)
- Prof. Dr. Stefan Rahmstorf, *Ozeanograph und Klimatologe* (Sonderpreis)

### Preisträger 13. DUH-Umwelt-Medienpreis 2008

- Tim Bartels, *Chefredakteur Umweltbriefe – der kommunale Infodienst* (Kategorie Print)
- Lydia Heller, Antonia Rötger und Nadine Querfurth, *Autorinnen des Kinderhörfunks Kakadu im Deutschlandfunk* (Kategorie Hörfunk)
- Sarah Zierul, Johannes Höflich und Klaus Martens, *Autoren der Dokumentationsreihe „die story“ im WDR* (Kategorie Fernsehen)
- Nick Reimer und Toralf Staud, *Initiatoren und Redakteure von [www.wir-klimaretter.de](http://www.wir-klimaretter.de) und [www.klima-luegendetektor.de](http://www.klima-luegendetektor.de)* (Kategorie Neue Medien)
- Wolfgang Roth, *Umweltredakteur der Süddeutschen Zeitung und Autor „Das Streiflicht“* (Lebenswerk)

### Deutscher Klimaschutzpreis 2007

- Ulla Gahn, *Ökostrom-Aktivistin (Stromwechsel-Partys)*

### Deutscher Klimaschutzpreis 2008

- Juwi-Gruppe, *Unternehmen in der Branche Neue Energien, für den Neubau des Firmensitzes als Plusenergiehaus.*

# Das Leitungsteam



■ **Jürgen Resch** führt als Bundesgeschäftsführer seit 1986 die DUH an den Standorten in Radolfzell und seit 2000 auch in Berlin. Als unermüdlicher Umweltschützer hat er die Einführung schwefelfreier Kraftstoffe und Dieselrußpartikelfilter durchgesetzt, hat vor dem Europäischen Gerichtshof die Einklagbarkeit von „sauberer Luft“ bestätigt bekommen und maßgeblich zum Erhalt des klimafreundlichen Mehrwegsystems beigetragen. Zur Umsetzung seiner Ziele für Energieeffizienz, Luftreinhaltung und Klimaschutz schmiedet Jürgen Resch Allianzen mit Unternehmen, Vertretern aus Politik und Verbänden. Ehrenamtlich tätig ist Jürgen Resch im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings, im Stiferrat des Global Nature Fund und als Vorstandsmitglied der Tropenwaldstiftung OroVerde.



■ **Rainer Baake** ist seit September 2006 Bundesgeschäftsführer der DUH. Seine Schwerpunktthemen sind Klimaschutz und Energiewende. Zu Zeiten der Rot-Grünen Bundesregierung von 1998 bis 2005 war Rainer Baake der beamtete Staatssekretär des Bundesumweltministeriums. Unter seiner Regie entstand das Atomausstiegsgesetz, wurden die Erneuerbaren Energien gefördert und der Emissionshandel eingeführt. Er war maßgeblich an den Verhandlungen zum Kiotoprotokoll und seiner Umsetzung in Deutschland beteiligt. Rainer Baake hat Volkswirtschaft in Marburg studiert, war von 1985 bis 91 Vize-Landrat in Marburg-Biedenkopf und von 1991 bis 98 Staatssekretär im hessischen Umweltministerium.



■ **Dr. Peter Ahmels** hat im Dezember 2008 die Leitung des neuen Bereichs Erneuerbare Energien übernommen. Er ist promovierter Agrarwissenschaftler mit eigenem Hof in Ostfriesland und war von 1997 bis 2007 Präsident des Bundesverbands Windenergie (BWE).



■ **Maria Elander** leitet seit September 2007 den Bereich Kreislaufwirtschaft in der Geschäftsstelle Berlin. Zuvor war sie im Umweltbundesamt in der Abteilung technischer Umweltschutz und als Referentin für Umweltpolitik und Nachhaltigkeit beim NABU tätig. Maria Elander hat in Schweden technische Physik, Umweltpolitik und Umweltmanagement studiert und lebt seit 2002 in Deutschland.



■ **Michael Hadamczik** leitet seit Juli 2006 den Bereich Marketing und Finanzen und die Bundesgeschäftsstelle in Radolfzell. Der Diplom-Volkswirt war Geschäftsführer des Öko-Test-Verlages und dann viele Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen.



■ **Dagmar Israel** leitet seit Oktober 1990 die Geschäftsstelle in Hannover und den Regionalverband Nord. Sie ist Gymnasiallehrerin für Biologie und Geographie, hat bei einer Unteren Naturschutzbehörde als Biologin gearbeitet und Umweltschutztechniker ausgebildet. Ehrenamtlich engagierte sich Dagmar Israel als 1. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Niedersachsen/Bremen und im Vorstand des Vereins „Umweltschulen für Europa“.



■ **Dr. Gerd Rosenkranz** ist seit 2004 Leiter Politik und Presse im Büro Berlin. Zuvor hat er für das Magazin Der Spiegel, die Tageszeitung taz und als freier Journalist mit den Schwerpunkten Umwelt und Energie gearbeitet. Studiert hat Gerd Rosenkranz Werkstoffwissenschaften (Dipl. Ing.) und später auch Kommunikationswissenschaft in Stuttgart.



■ **Dr. Cornelia Nicklas** leitet seit November 2007 den Bereich Recht in der Geschäftsstelle Berlin. Bevor die Umweltjuristin sich bei der DUH engagierte, arbei-

tete sie für Ecologic im Bundesumweltministerium, als Rechtsanwältin und als Referentin im Öffentlichen Dienst. Cornelia Nicklas studierte Jura an der Universität Frankfurt/Main, wo sie zu Umsetzungsproblemen der Luftreinhaltungsrichtlinie im EU-Umweltrecht promovierte.



■ **Simone Naumann** leitet seit September 2007 den Bereich Verbraucherschutz in der Geschäftsstelle Radolfzell. Nach dem Studium der Umweltwissenschaften (Uni Lüneburg) und der Betriebswirtschaft (Berufsakademie Heidenheim) kam Simone Naumann 2004 an den Bodensee und arbeitete zunächst für die DUH-Tochter Bodenseestiftung. Schon als Jugendliche war sie ehrenamtlich für den Naturschutz tätig, u.a. in der Naturschutzjugend und beim NABU.



■ **Albert Wotke** leitet das Berliner Büro der DUH seit dessen Gründung 2001 und führt die Geschäfte des Regionalverbands Ost. Nach dem Biologiestudium in Freiburg lehrte und forschte er einige Jahre zu Vegetations- und Naturschutzthemen. Albert Wotke hat als freier Fachjournalist gearbeitet und ein Forschungsprojekt zur nachhaltigen Landnutzung am Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung koordiniert. Seit seiner frühen Jugend engagierte er sich ehrenamtlich im Naturschutz, u.a. beim BUND und als Gründungsmitglied des RV Ost der DUH.



■ **Robert Spreter** leitet seit Januar 2008 den Bereich Kommunaler Umweltschutz in der Geschäftsstelle Radolfzell. Er kam 2002 als Projektmanager zur DUH und war mitverantwortlich für die Wettbewerbe Zukunftsfähige Kommune oder die Bundeshauptstadt im Klimaschutz. Nach einer Ausbildung zum Vermessungstechniker hat Robert Spreter Landschaftsplanung und Städtebau studiert und engagierte sich in der BUNDjugend für den Naturschutz.



■ In Trauer haben wir im August 2008 von unserem Kollegen und Freund Frank Neuschulz Abschied genommen, der auf einer Reise nach Namibia plötzlich und völlig unerwartet verstorben ist. Dr. Frank Neuschulz hat seit 2005 den Bereich Naturschutz geleitet und war der DUH viele Jahre zuvor als freier Mitarbeiter eng verbunden. Er hat in ganz Deutschland die Naturschutznetzwerke der DUH entwickelt, ausgebaut und zahlreiche Projekte auf den Weg gebracht. Seine besondere Liebe galt der Elbe, seiner Heimatregion. Dort sind Projekte wie die Deichrückverlegung bei Lenzen eng mit seinem Namen verbunden. Frank Neuschulz wurde 54 Jahre alt und hinterlässt eine Ehefrau und zwei erwachsene Töchter.

# Finanzen, die der Umwelt helfen

Politische Schwerpunktsetzungen spiegeln sich nicht in jedem Fall in den Finanzzahlen wieder. Dennoch hilft ein Blick auf die Zahlen, um den finanziellen Bedarf für die Aktivitäten der DUH in ihren verschiedenen Handlungsfeldern zu ermessen

## Erträge der DUH 2007 (in Tausend Euro, gerundet) \*

	2007	2006
Spenden	2.377	2.127
Zuschüsse	879	889
Verbraucherschutz	294	93
Verwendung von Projektrücklagen	264	389
Beiträge von Förderern und Paten	156	164
Zuweisungen von Justizbehörden	102	143
Sonstige	179	306
	4.251	4.111

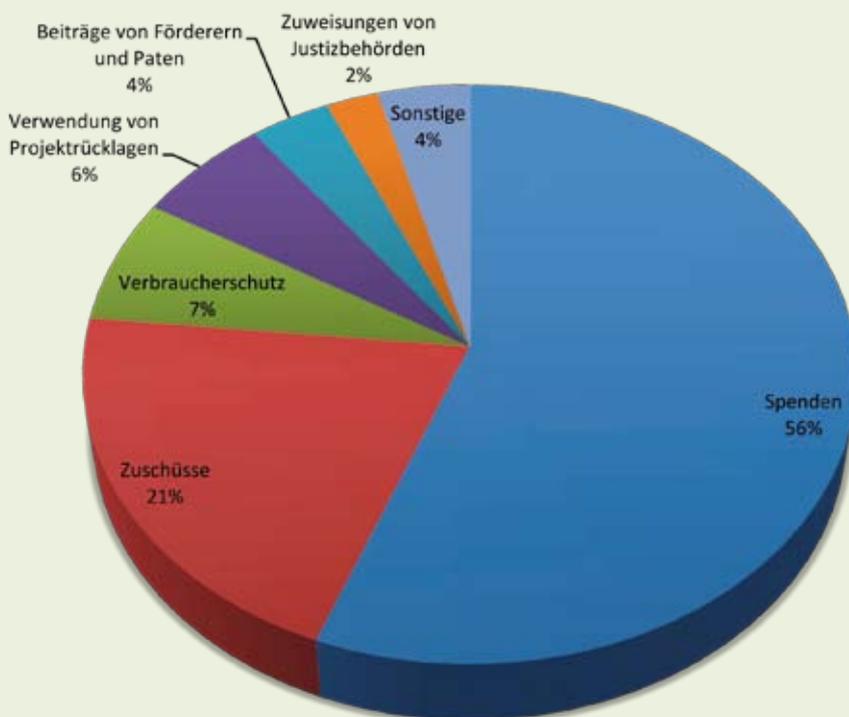
## Einnahmen: Die Mischung sichert Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit

Das Haushaltsvolumen der DUH ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen und erreichte im Jahr 2007 einen Wert von 4,25 Millionen Euro.

Die Beiträge der Fördermitglieder, Patenschaftsbeiträge sowie Spenden und Zuschüsse ermöglichen unseren Einsatz für Natur und Umwelt. Die wichtigste Einnahmequelle in 2007 sind Spenden mit 56 Prozent sowie 21 Prozent Projektzuschüsse. Das stärkste Wachstum stellen wir beim jüngsten Projektbereich Verbraucherschutz fest, der immerhin mit sieben Prozent zur Finanzierung der Arbeit der DUH beiträgt. Diese drei Säulen sind das Rückgrat der DUH-Finanzen. Und das in einer Mischung, die auch unsere finanzielle Unabhängigkeit sicherstellt. Erfreulich ist, dass sowohl die Spenden als auch die Verbraucherschutz-einnahmen gegenüber 2006 zugenommen haben.

Projektzuschüsse erhielt die DUH sowohl von öffentlichen als auch von privaten Institutionen. Hier sind insbesondere das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt zu nennen.

Bei der Verwendung von Projektrücklagen handelt es sich um Mittel, die im Vorjahr eingenommen worden waren, aber erst im Jahr 2007 eingesetzt werden konnten.



### \*Anmerkungen:

Der Jahresabschluss für das Jahr 2008 lag zum Redaktionsschluss dieses Jahresberichts (01.12.2008) noch nicht vor.

Geringfügige Summenabweichungen sind durch Rundungsdifferenzen verursacht.

Unter Sonstige sind Einnahmen von geringerer Größenordnung wie Erbschaften und Zinserträge zusammengefasst.

## Ausgaben: 84 Prozent für die Projektarbeit

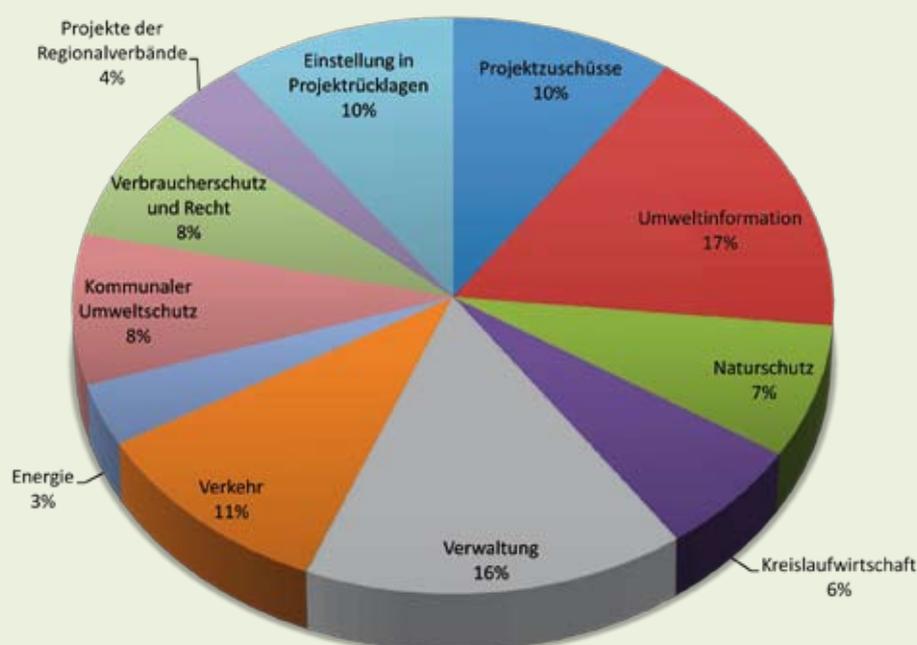
Die DUH setzt ihre Mittel vor allem für konkrete Umwelt- und Naturschutzprojekte ein: für Kongresse und Veranstaltungen, für den Schutz bedrohter Arten und ihrer Lebensräume, für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Hierfür standen 2007 etwa 84 Prozent der Mittel zur Verfügung: 3,13 Millionen Euro flossen in Umwelt- und Naturschutzprojekte, in Kampagnen und Informationsmaterial. Weitere 425.000 Euro haben wir für Projektaufwendungen des Folgejahres zurückgestellt. Unsere Verwaltungskosten sind mit 16 Prozent der Ausgaben nach wie vor niedrig.

Für eigene Naturschutzprojekte haben wir 314.000 Euro ausgegeben. Das gesamte Engagement der DUH für den Naturschutz ist jedoch erheblich größer. Der größte Teil der Projektzuschüsse an andere Umweltorganisationen dient ebenfalls der Finanzierung von Naturschutzprojekten und auch bei den Projekten der Regionalverbände hat der Naturschutz einen hohen Rang.

## Aufwendungen der DUH 2007 (in Tausend Euro, gerundet)

	2007	2006
Projektzuschüsse	412	547
Umweltinformation	711	1.168
Naturschutz	314	330
Kreislaufwirtschaft	264	383
Verkehr	444	400
Energie	147	23
Kommunaler Umweltschutz	358	242
Verbraucherschutz und Recht	323	120
Projekte der Regionalverbände	157	156
Einstellung in Projektrücklagen	425	249
Verwaltung	669	487
	4.224	4.105



**Bilanz Deutsche Umwelthilfe e.V.**

<b>Aktiva</b>	<b>2007 in €</b>	<b>2006 in Tsd. €</b>	<b>Passiva</b>	<b>2007 in €</b>	<b>2006 in Tsd. €</b>
<b>Anlagevermögen</b>	<b>525.670</b>	<b>515</b>	<b>Freie Rücklagen</b>	<b>745.502</b>	<b>718</b>
Sachanlagen	33.719	34			
Finanzanlagen	491.951	481	<b>Zweckgebundene Rücklagen</b>	<b>1.201.261</b>	<b>987</b>
			Rückstellungen für betriebliche Alterskapitalanlage	391.439	375
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>1.986.933</b>	<b>1.681</b>	Projektrückstellungen	662.796	506
Forderungen	88.518	93	Sonstige Rückstellungen	147.025	105
Kasse, Banken	1.754.904	1.361			
Sonstige Vermögensgegenstände	143.511	227	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>528.783</b>	<b>496</b>
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>2.542</b>	<b>5</b>	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>39.599</b>	<b>-</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.515.144</b>	<b>2.201</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.515.144</b>	<b>2.201</b>

**Bilanz: Gestärkte Basis**

Die deutlich gestiegene Bilanzsumme von 2,515 Millionen gegenüber 2,201 Millionen des Vorjahres bringt eine insgesamt gestärkte Kapitalbasis der Deutschen Umwelthilfe zum Ausdruck. Ein kleiner Überschuss von 27.000 Euro konnte den allgemeinen Rücklagen zugeführt werden. Die DUH hat trotz wachsenden Aufgabenvolumens ihre finanzielle Substanz ausgebaut und ihre freien Rücklagen weiter gestärkt. Auch der Anstieg der zweckgebundenen Rücklagen trägt zur stabilen Kapitalbasis bei.

Der Anstieg der liquiden Mittel von 1,361 auf 1,755 Millionen Euro bestätigt die Handlungsfähigkeit der Deutschen Umwelthilfe auch im finanziellen Bereich.

Die DUH schließt das Jahr 2007 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab.

**Geprüfte Finanzen**

Über die gesetzlichen Vorschriften hinausgehend, lässt die DUH ihre Jahresabschlüsse von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer kontrollieren. Die DUH erstellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB für Kapitalgesellschaften. Die Jahresrechnung entspricht den gesetzlichen Vorschriften und liefert ein zutreffendes Bild der Vermögens- und Ertragslage der Deutschen Umwelthilfe. Dies bestätigt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Herberger GmbH. Sie hat den Jahresabschluss zum 31.12.2007 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

**Mitarbeiter**

Die Deutsche Umwelthilfe beschäftigte zum 31.12.2007 insgesamt 58 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 32 in der Geschäftsstelle Radolfzell, 17 in der Geschäftsstelle Berlin, weitere sieben in der Geschäftsstelle Hannover sowie zwei im Projektbüro Elbe in Köthen.

**Bundesvorstand**

**Professor Dr. Harald Kächele**, Berlin  
Vorsitzender

**Burkhard Jäkel**, Betzendorf  
stellvertretender Vorsitzender

**Michael Spielmann**, Duderstadt  
stellvertretender Vorsitzender

**Christian Arns**, Berlin

**Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler**,  
Hannover

**Professor Dr. Margit Mönnecke**,  
Malans (CH)

**Michael Rothkegel**, Frankfurt

**Dr. Thomas Schaefer**, Konstanz

**Sabine Weisschedel-Brass**, Ausserberg  
(CH)

**Bundesgeschäftsführer**

**Jürgen Resch**  
**Rainer Baake**

**Bundesgeschäftsstellen**

Leiter der Geschäftsstelle Radolfzell:  
Michael Hadamczik  
Fritz-Reichle-Ring 4  
**78315 Radolfzell**  
Telefon (0 77 32) 99 95-0  
Telefax (0 77 32) 99 95 77  
E-Mail: info@duh.de

Leiter der Geschäftsstelle Berlin:  
Albert Wotke  
Hackescher Markt 4  
**10178 Berlin**  
Telefon (030) 24 00 876-0  
Fax (030) 24 00 876-19  
E-Mail: duh-ost@duh.de

Leiterin der Geschäftsstelle Hannover:  
Dagmar Israel  
Goebenstr. 3a  
**30161 Hannover**  
Telefon (05 11) 39 08 05 - 0  
Fax (05 11) 39 08 05-19  
E-Mail: duh-nord@duh.de

**Regionalverbände**

**Regionalverband Süd:**  
Ansprechpartnerin: Tina Hellwig  
Fritz-Reichle-Ring 4  
78315 Radolfzell  
Telefon (0 77 32) 99 95-0  
Telefax (0 77 32) 99 95 77

**Regionalverband Ost:**  
Ansprechpartner: Albert Wotke  
Hackescher Markt 4  
10178 Berlin  
Telefon (030) 24 00 876-0  
Fax (030) 24 00 876-19

**Regionalverband Nord:**  
Geschäftsführerin des Regionalverbandes:  
Dagmar Israel  
Goebenstr. 3a  
30161 Hannover  
Telefon (05 11) 39 08 05 - 0  
Fax (05 11) 39 08 05-19

**Projektbüro**

**Projektbüro Elbe:**  
Ansprechpartnerin: Ines Wittig  
Poststr. 7, 06366 Köthen  
Telefon (0 34 96) 21 00 09  
Fax (0 34 96) 21 00 08  
E-Mail: lebendige-elbe@duh.de

